

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 14. November 2011**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

15. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.01 Uhr

Ende der Sitzung: 17.04 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 14. Sitzung des Gemeinderates vom 26.09.2011 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Raimund Buttinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Brigitte Wartinger

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Herbert Pernkopf

Augustine Zittmayr-Hacker

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.OAR. Johann Höpfl
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Mag. Günter Lehner (FPÖ)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 08.11.2011 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage von GR. Markus Wiesinger an Bgm. Dr. Koits betreffend Verwendung des magistratsinternen EDV-Netzes durch die Gewerkschaft:

Bgm. Dr. Koits: Es gibt eine Anfrage an mich. Herr Gemeinderat Markus Wiesinger hat am 08.11.2011 eine Anfrage an mich eingebracht, betreffend Verwendung des magistratsinternen EDV-Netzes durch die Gewerkschaft für E-Mail-Aussendungen an alle Mitarbeiter des Magistrates.

Dazu sei grundsätzlich festgestellt, dass Anfragen spätestens fünf Tage vor der Sitzung des Gemeinderates beim Bürgermeister einzubringen sind. In diese Frist sind Tage nicht einzurechnen, an denen der Magistrat keinen Dienstbetrieb hat. Damit die Anfrage für die heutige Sitzung rechtzeitig eingebracht worden wäre, hätte diese am Montag, dem 07.11., eingebracht werden müssen. Die Anfrage ist daher für die heutige Sitzung verspätet und wird bei der nächsten Sitzung behandelt.

Mitteilung des Bürgermeisters

Statistisches Jahrbuch 2010 der Stadt Wels:

Bgm. Dr. Koits: Ich darf sie informieren, dass das aktuelle „Statistische Jahrbuch der Stadt Wels“ wieder ausschließlich elektronisch auf der Homepage der Stadt Wels unter „Wels in Zahlen“ zur Verfügung steht. Das soll helfen, Druckkosten zu senken. Das Jahrbuch kann aber auch bei der Dienststelle Präsidium per E-Mail angefordert werden.

Persönlich empfehle ich ihnen, einen Blick darauf zu werfen, weil es sich hier tatsächlich um interessante Zahlen, Daten, Fakten über die Stadt Wels handelt.

Aktuelle Stunde:

Bgm. Dr. Koits: Zur „Aktuellen Stunde“ ist kein Themenvorschlag bei mir eingelangt.

Des weiteren darf ich ihnen mitteilen, dass diesmal keine Dringlichkeitsanträge eingelangt sind und ich nutze auch gleich die Gelegenheit, um ihnen zu sagen, dass zur Bürgerfragestunde niemand eine Anfrage stellte.

Wir können somit in unsere Tagesordnung eingehen.

StR. Dr. Rabl ist ab 15.04 Uhr in der Sitzung anwesend.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Rechnungshofbericht;
Prüfung der Welser Heimstättengenossenschaft betreffend
Anwendung der Entgeltrichtlinienverordnung
DI-Präs-2208-2009, miterledigt:
FD-BetM-28-2011

Bgm. Dr. Koits: Beim Punkt 1. geht es um die Prüfung der Welser Heimstättengenossenschaft betreffend Anwendung der Entgeltrichtlinienverordnung.

Ich habe ihnen dazu einen entsprechenden Amtsbericht (Anlage 1) zur Verfügung gestellt und sie sehen daraus, dass über diese Angelegenheit zwar diskutiert werden kann, allerdings eine Abstimmung nicht durchzuführen ist.

Wie sie aus dem Rechnungshofbericht (Anlage 2) selbst ersehen, welcher ihnen ebenfalls zugestellt wurde, wurden auch die TIGEWOSI und die Kärntner Heimstätte einer Überprüfung unterzogen. Bezüglich der Prüfungsfeststellungen gab es sowohl gemeinsame Empfehlungen als auch Empfehlungen allein für die Welser Heimstättengenossenschaft. Ich habe die Welser Heimstättengenossenschaft angewiesen, sich mit den Empfehlungen entsprechend auseinanderzusetzen und mir eine Antwort darauf zu geben, welche der angeregten Prüfungsfeststellungen bereits erledigt sind und welchen Dingen sozusagen aus Sicht der Heimstätte nicht so einfach nachgekommen werden kann.

Sie sehen ja zu den einzelnen Teilabschnitten die von der Heimstätte bereits gegebenen Antworten und ich werde zur gegebenen Zeit den Aufsichtsrat und den Vorstand ersuchen, mir Informationen darüber zukommen zu lassen, welche der noch offenen

Punkte mit welchem Ergebnis erledigt wurden. Ich bin mir sicher, dass auch der Rechnungshof entsprechende Antworten haben möchte.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich glaube, der Bericht, der heute dem Gemeinderat vorliegt, ist für uns als Vertreter der Stadt Wels grundsätzlich sehr wertvoll, denn die Stadt Wels hält ja 95 Prozent der Anteile an der Welser Heimstättengenossenschaft. Als Eigentümer, wenn man so sagen darf, sind wir natürlich dazu verpflichtet, unsere Betriebe entsprechend zu führen und auf die gesetzlichen Vorschriften bzw. Verordnungen zu achten.

Der Amtsbericht, Herr Bürgermeister, ist sicher sehr übersichtlich. Zu den einzelnen Punkten gibt es eine Kurzfassung, eine Langfassung und Empfehlungen. Manches steht nicht genau in der Reihenfolge im Amtsbericht, wie das im Rechnungshofbericht selbst steht, aber das ist im Endeffekt egal, weil im Wesentlichen die wichtigsten Dinge angesprochen sind.

Ganz wichtig ist vor allem einmal, dass eine Wohnungsgenossenschaft wie die unsrige vom Gesetz her grundsätzlich dazu verpflichtet ist, kostendeckend zu arbeiten und zu schauen, dass die Mieten, die Entgelte für Wohnungen und Geschäftsräume entsprechend günstig sind. Dass hier teilweise über's Ziel geschossen wurde, was die Konstruktion dieser Mieten betrifft, geht aus dem Rechnungshofbericht ganz gut hervor, wird aber in diesem ganzen Konvolut an Stellungnahmen nicht gerade als dringlich zu behandeln dargestellt.

Ich möchte jetzt einzelne Dinge herausgreifen. Als Gemeinderat war man ja in den vergangenen Jahren immer wieder mit Dingen konfrontiert, die die Heimstätte betreffen und so wurde ich beispielsweise in den vergangenen Jahren immer wieder von Firmen dahingehend angesprochen, dass sie auch einmal als Anbieter von der Heimstätte eingeladen werden möchten. Und ich sage ihnen, dass es oft Monate dauerte – zuerst wurde das immer ignoriert – bis man den Leuten oder Firmen mitteilte, dass sie gelistet werden. Worum geht es? Die Heimstätte sagt: Wir arbeiten sowieso so günstig, dass es besser gar nicht geht und man deshalb gar nicht alle Firmen einladen müsse, weil es so, wie es gehandhabt wird, ohnehin das Beste für die Mieter sei. Nun, so wie es aus dem Rechnungshofbericht hervorgeht, wäre es schon wichtig, eine sehr breite Einladung auszusprechen an diverse Firmen, weil – die Heimstätte sagt zwar, dass ohnehin sehr günstig gearbeitet wird – es ja doch sein könnte, dass dort oder da etwas noch günstiger geht. Wird also entsprechend günstig gebaut, so kommt das in weiterer Folge wegen möglichst niedriger Errichtungskosten den Mietern wieder entgegen.

Es gibt auch gewisse Kuriosa, die zwar im Amtsbericht zahlenmäßig nicht unterstützt sind, aber im Rechnungshofbericht selbst kann man alles sehen. Ein Kuriosum ist jenes – ich kann mir nicht vorstellen, dass es sonst wo einen Betrieb in Österreich gibt, bei dem so etwas vorkommt – dass ein Mitarbeiter der Welser Heimstätte pro Jahr 684 Überstunden leistet. Bricht man diese Leistungen auf Wochen und Tage herunter, kommt man darauf, dass dieser Mitarbeiter jeden Tag drei Überstunden erbringt. Da macht also jemand statt des üblichen Acht-Stunden-Tages immer einen Elf-Stunden-Tag, was absolut unmenschlich erscheint.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: So viele Stunden machst du doch selbst auch jeden Tag!

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich finde, es ist fast unglaublich, dass jemand solche Überstundenleistungen erbringt und auch eine andere Sache, die im Bericht dargestellt wurde, ist kurios, nämlich jene mit den Gehaltsvorschüssen. Die Außenstände Ende 2008 beliefen sich auf insgesamt 167.210 Euro. Dabei erhielt ein einziger Mitarbeiter einen Gehaltsvorschuss in Höhe von 60.000 Euro. Dieser Dienstnehmer verdient im Monat etwa 6.500 Euro netto. Das ist eigentlich ein gewaltiger Betrag, wobei dieser Mitarbeiter im Jahr 2008 insgesamt 4.500 Euro zurückzahlte.

Der Rechnungshof hat diese Angelegenheit etwas näher beleuchtet und gemeint, dass es so nicht geht. Die Heimstätte verwies in ihrer Stellungnahme darauf, dass man mittlerweile bei höchstens 30.000 Euro an Gehaltsvorschuss sei, aber, Herr Bürgermeister, das ist ja noch immer das Zehnfache eines durchschnittlichen Gehalts eines Angestellten. So viel Zuschüsse bzw. so viel an Gehaltsvorschuss kann es normalerweise nicht geben. Wenn schon jemand so viel Geld braucht, dann muss derjenige halt zu einer Bank gehen. Das sind nämlich im Endeffekt zinsenlose Darlehen, die mit einer kurzfristigen Notsituation oder sonst etwas nichts mehr zu tun haben.

Ich nehme an, dass das alles so stimmt. Das wird ja der Bericht, den sie bekommen, Herr Bürgermeister, ebenso unsere Mitglieder im Aufsichtsrat und im Vorstand, die nunmehr dort tätig sind, zeigen. Man wird sehen, ob das mit den bisherigen Kriterien bzw. in bisheriger Höhe weitergeht oder nicht. Ich denke, da wird wohl etwas nachjustiert.

Der Rechnungshof setzt sich weiters über mehrere Seiten hinweg mit dem Gehalt des Vorstandsvorsitzenden auseinander und kommt dabei zu ganz tollen Erkenntnissen. Dieser hatte, gegenüber der TIGEWOSI und der Kärntner Heimstätte bei weitem hinauschießend, ein Gehalt, das wirklich einzigartig ist. Ich möchte jetzt die Zahlen nicht nennen, aber was der Rechnungshof im Endeffekt herausstreicht, das geht genau in die Richtung, die ich am Beginn meiner Ausführungen darlegte, nämlich dass eine Genossenschaft konstendeckend zu arbeiten hat, dass sie auf möglichst geringe Mieten zu schauen hat, aber der jetzige Vorstandsvorsitzende hat doch tatsächlich vom Aufsichtsrat oder wem immer ein Gewinn- und Bilanzgeld zugesprochen bekommen. Also dafür, dass die Heimstätte einen Gewinn machte, bekam er auch noch Prämien. Das alles für die Geschäftsführung einer Genossenschaft, die gar nicht auf Gewinn ausgerichtet ist. Es ist schon ein guter Satz, der hier im Bericht angeführt ist. Da steht: „Der Rechnungshof erachtete gewinnabhängige Prämien im Bereich der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft als wesensfremd, weil sie dem Grundsatz der Kostendeckung bzw. nur eingeschränkter Gewinnerzielung entgegenstehen.“

Also, das hat über viele Jahre hindurch offenbar so funktioniert und deshalb können wir alle froh darüber sein, dass wir jetzt diesen Bericht haben und ich denke, dass damit diese Dinge endgültig abgeschlossen sind.

Dann ist aufgefallen, dass es auf Seite 3 des Amtsberichtes einen Punkt betreffend „Vergabe von Planungsleistungen“ gibt. Es ist dem Rechnungshof aufgefallen, dass es zwar bei den beiden anderen Genossenschaften eine breite Vergabe von Planungsleistungen gegeben hat, während in Wels in den letzten Jahren von 18 Objekten oder Projekten 12 an den selben Architekten gegangen sind. Wir haben in Wels eine große Anzahl von sehr guten Architekten, die sicher ebenfalls in der Lage sind, solche Projekte zu entwickeln und es ist somit die Fokussierung auf einen einzigen Architekten in diesem Ausmaß sicher nicht dem entsprechend, was sich der Rechnungshof vorstellt.

So nebenbei wurden auch noch Honorarvereinbarungen aufgrund einer Verordnung getroffen, die bereits im Jahr 1994 widerrufen wurde. Das ist bei der Welser Heimstätte anscheinend niemand aufgefallen.

Ein bisschen windet sich die Heimstätte beim Thema „Versicherungsleistungen“ herum. Es wäre doch vollkommen klar und wichtig, dass periodisch – ich glaube, wir machen das seitens der Stadt Wels in dieser Weise – Versicherungsleistungen ausgeschrieben werden, denn schließlich geht es hier um sehr viel Geld. Und die Versicherungsleistungen werden ebenfalls an die Mieter weiterverrechnet. Seitens der Heimstätte heißt es hiezu lapidar in der Stellungnahme: „Wir werden das Thema mit dem Makler besprechen.“ Also, schauen wir doch, Herr Bürgermeister, was dabei herauskommt.

Einen weiteren Punkt werden wir meines Erachtens ausdiskutieren müssen. Im Rechnungshofbericht kommt jedenfalls deutlich hervor, dass die Welser Heimstättengenossenschaft keine Zeitaufzeichnungen zur Ermittlung der Personalkosten auf die Kostenstellen macht. Es wird von der Welser Heimstättengenossenschaft behauptet, dass solche Aufzeichnungen zu aufwändig wären, auf der anderen Seite stellt das die Grundlage dafür dar, die Kostenverteilung im Unternehmen genau kontrollieren und nachvollziehen zu können, um dann eventuelle Korrekturen betriebswirtschaftlicher Art vorzunehmen.

Jetzt komme ich noch kurz zu zwei anderen Themen, und zwar erst einmal zu den Leerstellungskosten. Wir haben einen sprunghaften Anstieg an Kosten für leerstehende Wohnungen oder an Geschäftsräumlichkeiten, die nicht vermietbar sind. Hier hatten wir von 2005 auf 2008 einen Anstieg von immerhin 185.000 Euro auf 531.000 Euro, also etwa um das Dreifache, und das ist immerhin ein ganz schön großer Brocken. Die Welser Heimstätte meint dazu, dass die Beweggründe sehr vielfältig und äußerst schwer zu steuern sind. Ich glaube allerdings, dass es bei solch hohen Beträgen mit dieser Antwort nicht abgetan sein kann. So hat man in Kärnten schon gewisse Anreizmodelle entwickelt, die dazu beitragen, leerstehende Wohnungen etc. doch leichter anzubringen. Es ist ja so, dass es mit der Höhe der Miete nicht mehr so ganz passen kann und da hilft vielleicht eine Reduzierung. Diese Kosten von über einer halben Million Euro für Leerstellungen sind ja doch enorm

Der Kirchmayr Ernst lacht hiezu!

Vzbgm. Wimmer: Na ja, wahrscheinlich geht es um ein Beispiel!?

Vzbgm. Dr. Wieser: Irgendwie ist es eh ganz lustig. Das Beispiel mit der Kärntner Heimstätte ist mir natürlich gleich einmal aufgefallen, denn auf der anderen Seite fällt man doch über Kärnten immer irgendwie her – da soll es angeblich drunter und drüber gehen – aber bei diesem Vergleich, den ich als Drei-Länder-Vergleich bezeichnen darf, schneidet Kärnten gar nicht so schlecht ab. Es sind also diese Dinge, Kollege Kirchmayr, nicht zum Lachen. Vielmehr ist es so, dass man aus solch einem Bericht doch etliche Feststellungen treffen kann.

So sollten also bezüglich dieser Leerstellungen, die viel Geld kosten, gewisse Anreizsysteme entwickelt werden und dann schauen wir halt, wie man dem am besten entgegensteuern kann. Urlaubsablösen finanzieller Art finden viel zu häufig statt. Hier heißt es: Die Stellungnahme der Welser Heimstätte hiezu lautet dahingehend, dass Urlaubsablösen nicht mehr durchgeführt werden und damit der Empfehlung entsprochen wird.

Woanders können wir es nicht einfach so bewenden lassen. Damit meine ich das Leistungsbild für die Bauverwaltung. Hier ist die Problematik mit dem Rechnungshof nicht ausdiskutiert, und zwar im Gegensatz zur Tiroler und zur Kärntner Genossenschaft.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieser Rechnungshofbericht war für uns insofern sehr wichtig, weil wir damit in gewisser Weise einen Einblick in die normalen Tätigkeitsfelder einer Genossenschaft bekamen. Wir haben jetzt von unserer Fraktion zwei Vertreter im Vorstand und im Aufsichtsrat der Welser Heimstättengenossenschaft und die werden es sich bestimmt anschauen, ob seitens der Genossenschaft bzw. seitens der Geschäftsführung den Empfehlungen des Rechnungshofes wirklich nachgekommen wird. Es geht um sehr viel Geld und letztlich um Mieten, die sozial gestaltet werden sollten. Damit hängt natürlich zusammen, dass man die Kosten möglichst gering halten sollte.

Ansonsten nehmen wir den Rechnungshofbericht zur Kenntnis.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Herr Dr. Wieser hat sich jetzt schon sehr ausführlich zum Rechnungshofbericht geäußert und beispielsweise auf den mangelnden Wettbewerb hingewiesen.

Ein Punkt, der meines Erachtens noch stärker herausgearbeitet gehörte, ist jener, dass die Welser Heimstätte über die Jahre hinweg – im Untersuchungszeitraum – Jahresüberschüsse anhäufte und damit das Eigenkapital kräftig erhöhte. Legt man diese Gewinne um, so wurden – ich darf das jetzt genau aus dem Bericht herauslesen – den Bewohnern pro Quadratmeter und Monat zwischen 0,68 und 0,75 Euro verrechnet, um die Gewinne zu erzielen, das heißt, die Heimstätte hat den Mietern um einiges mehr verrechnet, als sie benötigt hätte, um ihren Aufwand zu decken. Für eine 100-Quadratmeter-Wohnung bedeutet dies für den jeweiligen Mieter eine Mehrbelastung zwischen 68 und 75 Euro pro Monat. Das alles nur deswegen, weil die Welser Heimstätte, obwohl es nicht zu deren Auftrag gehört, Jahresüberschüsse in einer Größenordnung erwirtschaftet, die eine Anhäufung von Kapital ermöglichen. Vielleicht würde eine Überarbeitung dieser Grundsätze dazu beitragen, die Leerstände, die in durchaus beträchtlichem Maß vorhanden sind, zu reduzieren und Mieter für Wohnungen zu finden. Außerdem ist es aus meiner Sicht auch nicht sozial verträglich, wenn die Heimstätte Überschüsse anhäuft.

GR. LAbg. Dr. Csar: Es ist jetzt schon vieles gesagt, was im Rechnungshofbericht erwähnt oder als Problem aufgezeigt wurde. Ich möchte aber doch noch ein paar Punkte herausfassen, die aus meiner Sicht noch erwähnenswert sind, wobei diese teilweise zuvor schon angeschnitten wurden.

Der Rechnungshof sagte unter anderem, dass in Zusammenhang mit einem Zielkonflikt zwischen der Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum und Erzielung eines höheren Gewinns der Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum der Vorrang einzuräumen ist. Das war bei der Welser Heimstätte nicht der Fall. Und daher ist es etwas ganz Wichtiges zum Schutz der Mieter bzw. der Genossenschaftswohnungsinhaber, besonders darauf zu schauen, dass preisgünstige Wohnungen angeboten werden.

Eines ist ebenfalls ganz wichtig, nämlich das, was der Rechnungshof sagt und auf Seite 67 steht, nämlich: „Der sich für den Mieter aus der mit der Pauschalierung verbundenen Verwaltungsvereinfachung ergebende finanzielle Vorteil sollte jedenfalls nicht durch

überhöhte Pauschalsätze kompensiert werden.“ Auch hier besteht ein massiver Handlungsbedarf, damit man wieder günstige Mieten anbieten bzw. günstige Wohnungen zur Verfügung stellen kann.

Ich möchte aber insbesondere noch auf die politische Dimension des Rechnungshofberichtes eingehen, weil es wichtig ist, dass die Heimstätte ihre Arbeit erledigt, die Stadt Wels aber nicht aus ihrer Pflicht zu nehmen ist. Die Stadt Wels ist nämlich praktisch Eigentümerin der Welser Heimstättengenossenschaft und so hat der Rechnungshof auch immer wieder die Stadt Wels zu einer Stellungnahme aufgefordert und sie hat dementsprechend ihre Antworten gegeben. Das geschieht alles völlig zu guter Recht, weil eben die politische Verantwortung bei der Stadt Wels liegt. Und so ist auch der Herr Bürgermeister erwähnt, nämlich unter Punkt 15.1, Absatz 2, wo die Vergabe von Bauleistungen angesprochen wird. Dort steht, dass die Heimstätte über eine Firmenliste verfügt und daraus werden eben Firmen gewählt, die ein Angebot legen sollen. Diese Aufforderung zur Anbotlegung erfolgt also durch die Heimstätte im Wege einer freien Auswahl und zusätzlich können über Vorschlag des Bürgermeisters der Stadt Wels nicht in der Liste angeführte Firmen am Vergabeverfahren teilnehmen.

Für mich sind das einmal drei Punkte, über die jedenfalls zu diskutieren ist bzw. die jedenfalls zu behandeln sind. Ich glaube, dass es für eine wirtschaftlich sinnvolle Geschäftsführung wichtig ist, dass diese Punkte so wie all die anderen von Herrn Vizebürgermeister Wieser angeführten Punkte aufgearbeitet und einer guten Lösung zugeführt werden sollten. Und hierbei kann die Stadt Wels nicht aus ihrer politischen Verantwortung genommen werden, das heißt, sie sollte ganz klar sagen, was sie eigentlich haben möchte bzw. wohin die Reise bei der Heimstätte gehen soll. Daher mein Appell an den Herrn Bürgermeister, sich einzusetzen und gemeinsam mit der Heimstätte nach Lösungen zu suchen.

StR. Dr. Rabl: Um Wiederholungen zu vermeiden, werde ich mich auf einen für mich bzw. für uns wesentlichen Punkt konzentrieren, und dieser betrifft die Gehaltsstruktur in der Welser Heimstättengenossenschaft.

Irgendwo ist das in diesem Rechnungshofbericht nur ein Nebenprodukt bzw. kommt das Ganze eigentlich nur deshalb zum Vorschein, weil es ja darin auch um Gehaltsvorschüsse geht. Reden wir also über die Gehaltsstruktur.

Es gibt einen Vorstandsdirektor einer 20-Mann-Firma – es gibt also 20 bzw. 21 Mitarbeiter in der Verwaltung – und der Direktor bekommt jährlich 190.000 Euro brutto. Gemeint ist hier der ehemalige Vorstandsdirektor. So, ist das alles? Nein, dazu bekommt er noch eine Zusatzkrankenversicherung, eine Unternehmenspension, ein Bilanzgeld – ja, natürlich – einen Dienstwagen natürlich auch, ein Überstundenpauschale ebenso natürlich wie eine gewinnabhängige Prämie. Und dann reden noch irgendwelche Leute vom sozialen Wohnbau?

Aber gehen wir noch um eine Spur weiter und schauen wir uns einmal an, was denn ein ganz normaler Mitarbeiter, ein Buchhalter, ein Bautechniker verdient. Da steht dann drinnen: 65.000 Euro netto. Und da denk ich mir, dass das nicht so schlecht ist, denn brutto sind das immerhin 110.000 Euro. Das wären de facto in der Welser Heimstätte alle Fälle für die Reichensteuer, die die SPÖ einführen will. Das ist dann der einzige Solidarbeitrag, den ich in diesem Zusammenhang erkennen kann. Und wo ist hier die

Gewerkschaft, die schreit, dass dieses Geld den Mietern weggenommen wird? Da hör ich weit und breit keinen Ruf! Aber das ist alles Geld der Mieter!

Auf der anderen Seite ist es doch so, dass eine gemeinnützige Genossenschaft zur Gemeinnützigkeit verpflichtet ist. Das bedeutet Sparsamkeit im Einsatz der Mittel und ein zweckmäßiges Ausgeben. Ich muss Überlegungen dahingehend anstellen, was denn der Markt für solche Leistungen zahlt. Welcher Buchhalter am Markt verdient heutzutage 110.000 Euro brutto? Ich sage ihnen, dass ich da schon zu sehr großen Unternehmen gehen muss, so ab einem Mitarbeiterstand von 10.000 Leuten, dass ich einen Buchhalter finde, der wirklich so viel Verantwortung hat, dass er so viel Geld bekommt.

Ich muss mir also die Frage stellen – ich lass dies absichtlich als Frage stehen, denn ich gehöre weder dem Vorstands- noch dem Aufsichtsratsgremium an – und zwar als Wohnbaustadtrat, ob dort wirklich gerecht entlohnt wird bzw. ob dort mit dem Geld der Mieter wirklich ordnungsgemäß umgegangen wird. Ich glaube, dass in den nächsten Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat zu klären sein wird, wie denn die Entlohnung in diesem Unternehmen aussieht. Ich glaube, dass man durchaus Vergleiche zu anderen Wohnbaugenossenschaften anstellen muss, um zu sehen, ob diese Entlohnung bei der Welser Heimstätte fair ist und dann wird man die entsprechenden Schlüsse ziehen können. Bis dahin warte ich einmal auf die Ergebnisse bzw. sieht man ja, was uns der Rechnungshof brachte.

StR. Kroiß: Als Mitglied des Vorstands der Welser Heimstätte kann ich ihnen sagen, dass sich die in der Heimstätte vertretenen Welser Freiheitlichen bereits zusammensetzten und diesen Rechnungshofbericht aufarbeiteten.

Vorweg kann ich nur sagen, worauf bereits der Kollege Csar hingewiesen hat, nämlich dass auch die politische Dimension zu hinterfragen ist. Man muss einmal schauen, ob das politisch Rechtens war und ob man den Leuten erklären kann, warum etwas so und nicht anders gemacht wurde.

Für heute kann ich nur sagen, dass es bereits Gespräche bei der Heimstätte gibt und dass wir uns weiter mit diesen Themen beschäftigen werden. Natürlich werden Sie, Herr Bürgermeister, über das Ergebnis informiert.

GR. Prof. Mag. Teubl: Sieht man sich den Amtsbericht zum Rechnungshofbericht an, so klingt das alles noch relativ harmlos. Die Darstellung dort ist nahezu beschönigend gegenüber dem, was man tatsächlich im Rechnungshofbericht vorfindet, wenn man sich dort mit den Details etwas näher befasst.

Vieles ist schon genannt worden und ich denke, dass man zusammenfassend doch feststellen kann, dass so manches im Argen liegt. Deshalb würde ich mir wünschen, dass tatsächlich Maßnahmen getroffen werden, so weit eben der Einfluss der Stadt Wels reicht, wobei dieser doch sehr weit reicht. Was ich noch herausstreichen möchte, ist die Frage des Wettbewerbs. Im Rechnungshofbericht heißt es immer wieder, dass den Grundsätzen des freien Wettbewerbs und der Gleichbehandlung der Bieter nicht entsprochen wurde. Das gilt beispielsweise für die Planungsleistungen, wozu wir den schönen Satz im Bericht vorfinden: „Die Welser Heimstätte vergab 12 von 18 Bauvorhaben an ein und denselben Architekten.“ So kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, dass man die besten Leistungen zum besten Preis bekommt. Genauso gilt das für die

Bauleistungen und die Versicherungsleistungen. In all diesen Bereichen wird es notwendig sein, in Zukunft anders vorzugehen und sich Angebote von außerhalb einzuholen. Damit würde man eine größere Vielfalt auch in architektonischer Hinsicht erreichen und vor allem könnte man mit dem Geld der Mieter etwas sparsamer umgehen.

Dass jährlich so viel Geld übrig bleibt, das dann als Eigenkapital angesammelt wird oder in überhöhte Honorare bzw. überhöhte Gehälter fließt, das braucht nicht zu sein. Es handelt sich nämlich um ein gemeinnütziges Unternehmen, das im Sinne der Mieter arbeiten sollte. Man sollte vielleicht zu einem Sinken der Mieten kommen und zu Einsparungen, dort wo sie möglich sind. Es scheint ja einiges möglich zu sein. So wurden bereits die Überstundenleistungen angesprochen. Wahrscheinlich könnte man feststellen, falls es ein Zeitaufzeichnungssystem gäbe, dass diese vielen Überstunden nicht notwendig sind.

GR. Schönberger: Über den Rechnungshofbericht als solchen wurde schon viel diskutiert, aber mich würde politisch noch etwas anderes interessieren. Könnte nicht der Wohnungsreferent einen Mietpreisspiegel von allen in Wels tätigen Genossenschaften vorlegen? Dann hätten wir echt einen Vergleich zwischen den Wohnungen der WSG, der Familie, der LAWOG, der Heimstätte usw. Eines ist jedenfalls klar. Wenn man sich draußen mit den Menschen unterhält, stellt man fest, dass alle gern bei der Heimstätte eine Wohnung haben möchten, weil man von dieser die günstigsten Wohnungen bekommt. Und so würde mich eben interessieren, wie eigentlich die anderen Genossenschaften mit den Wohnungsmieten dastehen. Es wäre wirklich schön, könnten sie diese Daten erheben, damit wir dann als Gemeinderat diese Zahlen zum Vergleich heranziehen können.

Ich würde noch meinen, dass Berichte des Rechnungshofes immer in die Vergangenheit zurückreichen und nachdem die Wahl im Jahr 2009 eine andere Zusammensetzung der Gremien in der Heimstätte mit sich brachte, liegt es ja an ihren Vertretern, entsprechend einzuwirken, um in Zukunft verschiedenste Dinge vermeiden zu können.

Persönlich finde ich, dass man in einer Firma über alles diskutieren kann, aber intern und nicht nach außen hin. In einer Aktionärsversammlung können sie auch nur einmal jährlich die Hand heben und dann müssen sie darauf wieder ein Jahr warten, bis es eben die nächste Versammlung gibt. Ansonsten wird immer nur intern über diverse Dinge diskutiert. So ähnlich sehe ich das hier. Ich finde es zwar grundsätzlich gut, wenn man solche Diskussionen führt, aber in Wirklichkeit muss man die Firmen arbeiten lassen, um dann beispielsweise in einem Jahr zu sehen, ob mehr Firmen zu Ausschreibungen eingeladen wurden oder nicht.

Insgesamt denke ich mir, wie ich schon sagte, dass ihr ja jetzt ohnehin eure Leute drinnen habt und die werden schon alles richten.

Vzbgm. Wimmer: Ich stelle fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen im Rahmen dieser Debatte gibt. Aufgrund dieser Debatte muss ich als Finanzreferent noch anmerken, dass ich mich fast ein bisschen diskriminiert fühle. Als nämlich vor einigen Monaten der Bericht des Rechnungshofes über die Finanzwirtschaft der Stadt Wels dem Gemeinderat vorgelegt wurde, fand es keine Fraktion der Mühe wert, sich hiezu zu Wort zu melden. Wahrscheinlich hatte dies aber damit zu tun, dass es sich um einen ausgezeichneten Bericht über das Finanzwesen der Stadt handelte.

Nun hat aber der Bürgermeister das Schlusswort.

Bgm. Dr. Koits: Was zuletzt von Schönberger Karl gesagt wurde, nämlich dass die Welser Heimstätte viele tausend Wohnungen nicht nur errichtete, sondern auch derart gut verwaltet, dass für die Mieterinnen und Mieter annehmbare Kosten herauskommen, das kann ich nur unterstreichen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es bei der Heimstättengenossenschaft einen Vorstand gibt, der hauptverantwortlich für die Geschäftsführung ist und es gibt einen Aufsichtsrat, dessen Verantwortung in der Aufsicht liegt. Ich nehme an, dass sich der Aufsichtsrat nicht in dieser Dimension, wie das durch den Rechnungshofbericht zum Ausdruck kommt, von gewissen Abläufen überzeugte und ich hoffe, dass sich mit jenen Dingen, welche nach diesem Bericht noch nicht erledigt sind, sowohl der Vorstand als auch der Aufsichtsrat eingehend beschäftigen und dass im Interesse der Bewohner der Heimstättengebäude entsprechende Lösungen erzielt werden.

Natürlich gibt es überall etwas zu verbessern, was man auch im Vergleich mit dieser Tiroler Gesellschaft und mit der Kärntner Heimstätte sieht. Da gibt es Themenbereiche, wo einmal die Welser Heimstätte besser aussteigt und dann gibt es Themen, wo die Tiroler Genossenschaft etwas günstiger aussteigt und genauso gibt es Themen, bei welchen die Kärntner Genossenschaft besser liegt. Führt man sich aber das Gesamtbild vor Augen, sieht man, dass bei allen drei Genossenschaften Verbesserungen möglich erscheinen. Wir befinden uns aber hier in Wels, nicht in Kärnten oder Tirol und so werden wir schauen, dass jene Angelegenheiten, die bei uns noch nicht erledigt sind, tatsächlich erledigt werden. Mir war es jedenfalls wichtig, dass der Vertrag mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden entsprechend korrekt abgefasst wurde und dass Dinge wie jene mit den Überstunden raschest erledigt worden sind. Und im Vergabewesen sollte die Anbotlegung breiter gestreut werden.

Ich werde in einem gewissen Zeitraum, der nicht länger als ein halbes Jahr sein sollte, ein Information darüber einholen, welche Ergebnisse vom Vorstand und vom Aufsichtsrat gemeinsam erzielt wurden.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank, Herr Bürgermeister, für das Schlusswort, womit wir jetzt ohne Abstimmung zu diesem Rechnungshofbericht gleich einmal zu Punkt 2. der Tagesordnung kommen.

2.)

Energy Globe Award Austria 2011;
Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Energy Globe Foundation,
4801 Traunkirchen
SF-HA-3-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 17.10.2011:

Die Stadt Wels nimmt das Kooperationsangebot der Energy Globe Foundation, 4801 Traunkirchen, hinsichtlich Auftritt und Werbung der Stadt Wels im Rahmen des

Energy Globe Award 2011 mit einem Gegenwert von € 90.000,-- exkl. USt. an und erteilt den diesbezüglichen Auftrag.

GR. LAbg. Dr. Csar: Die Stadt Wels ist oder möchte eine Energiehauptstadt sein. Daher ist es wichtig, dass wir uns auf verschiedenen Ebenen engagieren und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen setzen, insbesondere solche Maßnahmen, die für die Energiehauptstadt tatsächlich einen wesentlichen Schritt nach vorne bedeuten. Der Energy Globe Award ist sicher eine öffentlichkeitswirksame Maßnahme, die nach außen hin eine große Anzahl von Menschen erreicht und somit ein breites Publikum findet. Umso wichtiger ist es, dass wir als Stadt Wels dabei sind und das finanziell unterstützen. Dieses Jahr mussten wir allerdings im Ausschuss eine 10-prozentige Reduzierung der Förderungsmittel gegenüber dem Vorjahr beschließen, weil ja auch bei anderen freiwilligen Förderungen diese 10-prozentige Kürzung zum Tragen kam.

Hinkünftig muss man natürlich besonders darauf achten, welche Förderung möglich ist bzw. wo man vielleicht einsparen kann, insbesondere bei der Organisation oder Abwicklung dieser ganzen Maßnahmen. Es ist sicher notwendig, einerseits öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zu setzen, andererseits aber auch zu zeigen, dass man den Willen zum Sparen hat.

StR. Dr. Rabl: Der Energy Globe Award ist eine Einrichtung, die uns schon seit Jahren begleitet. In all diesen Jahren ist es zu keiner wesentlichen Änderung gekommen. Geändert hat sich nur, dass es in den letzten Jahren keine Vorausverfügung mehr gab, das heißt, wir können jetzt im Gemeinderat noch darüber diskutieren, ohne dass alles schon zuvor praktisch durch eine Vorausverfügung erledigt worden wäre und zum Zweiten hat sich geändert, dass die Geldsumme von 100.000 auf 90.000 Euro reduziert wurde.

Wir waren bisher immer skeptisch, was diese Fördermaßnahme betrifft. Warum? Wir geben hier eine Fördersumme von 100.000 Euro an einen Unternehmer dafür, dass er hier eine Veranstaltung durchführt, zu welcher ca. 2.000 Personen kommen, die essen und trinken – es werden auch Preise verliehen – aber die Werbewirksamkeit dieser Veranstaltungen für die Stadt Wels war für mich immer fraglich.

Im Vorjahr meinten wir, dass zwar diese Veranstaltung für Wels nicht besonders viel bringen wird, falls es aber möglich sei, das Welios als Leuchtturmprojekt der Stadt Wels zusätzlich zu bewerben, dann hätte das vielleicht einen Effekt, der uns wirklich etwas brächte, nämlich viele Besucher im Welios. Wie man aber jetzt feststellen muss, ist dieser Effekt nicht eingetreten. Ich will nicht sagen, dass diese Werbung im Vorjahr dem neuen Welios schadete, aber genutzt hat sie bestimmt auch nichts, wie die derzeitigen Besucherzahlen belegen.

Tatsache ist, dass man mit diesem Geld viele Dinge bewerben hätte können, was aber nicht geschah. Das Welios ist de facto untergegangen und wir kamen deshalb zu unserer ursprünglichen Meinung zurück, dass es angebracht erscheint, diesen Energy Globe Award nicht zu unterstützen. 100.000 Euro, jetzt 90.000, sind ein Geldbetrag, über den wir uns in Zeiten wie diesen, in Sparzeiten, stundenlang Gedanken machen. Ich möchte dazu einen Punkt herausgreifen. Wir überlegen uns derzeit Einsparungen in der Höhe von 1.000 Euro und ich möchte jetzt folgende Frage stellen. Bei 100.000 oder 90.000

Euro sind wir eigentlich ziemlich schnell beim Ausgeben, aber wenn es um 1.000 Euro beispielsweise für eine Streuobstwiese geht, haben wir kein Geld.

Ich weiß schon, dass mir immer wieder vorgehalten wird, dass man nicht unbedingt gegenrechnen oder gegenüberstellen sollte, aber ich möchte trotzdem hier die Frage aufwerfen, was man um 100.000 Euro alles machen könnte. Wir brauchen beispielsweise Bibliotheken für Kindergärten und Schulen. Haben wir dafür das Geld? Nein! Wir bräuchten Investitionen in die Sicherheit, für Videoüberwachungen. Haben wir das Geld? Nein! Haben wir das Geld, um mehr im Bereich der Drogenberatung unternehmen zu können? Nein!

Vzbgm. Wimmer: Darf ich dich ersuchen, wieder auf den jetzigen Tagesordnungspunkt zurückzukommen!?

StR. Dr. Rabl: Ja, ja, ich weiß, du hörst das nicht gern, lieber Hermann, ich möchte es aber trotzdem sagen, weil ich dazu da bin, um diese Dinge aufzuzeigen. Und angesichts dieses Themas kann man sich sehr wohl darüber unterhalten, wofür wir Geld haben und wofür nicht. Und haben wir das Geld für andere dringende Maßnahmen nicht, muss man sich sehr wohl überlegen, ob man solch eine Investition wie jene für den Energy Globe politisch tatsächlich machen will. Und nur wenn ich davon überzeugt bin, dass dort das Geld gut aufgehoben ist, dass dort dieses Geld sinnvoll verwendet wird, kann man mit gutem Gewissen sagen: Ja, wir stimmen zu! Kann ich das wirklich mit gutem Gewissen sagen? Nein! Warum kann ich es nicht mit gutem Gewissen sagen? Ich kann das deswegen nicht tun, weil wir schon seit mehr als zehn Jahren diesen Energy Globe Award haben und in dieser Zeit noch nie evaluiert wurde, was dieser Award bzw. die Unterstützung dieser Veranstaltung der Stadt Wels bringt. Wir erfahren zwar, dass es eine Homepage mit einer gewissen Zahl von Klicks gibt und soundso viele Einreichungen für den Preis, aber was das für die Stadt Wels konkret brachte, obwohl wir insgesamt schon mindestens 1 Mio. Euro investierten, das erfahren wir nie. Welchen Nutzen haben wir daraus konkret gezogen? Und so lange mir keiner die Frage beantworten kann, welchen Nutzen wir daraus konkret gezogen haben, muss ich sagen, dass wir gegen diese Investition sind, gegen dieses Budget und gegen diese Gala-Veranstaltung.

GR. Reindl-Schwaighofer: Bis auf eine Ausnahme wurde heuer in Zusammenhang mit diesem Energy Globe Award wieder einmal die Sau durch das Dorf getrieben. Herr Stadtrat Rabl hat uns jetzt wieder einiges vorgesungen.

Meines Erachtens stellt dieser Energy Globe Award eine Geschichte dar, die ein beispielloses Unterfangen im Sinne globaler Präsenz und von globalem Durchschlag darstellt. Wer ein bisschen die Entwicklung beobachtete, konnte feststellen, dass sich sehr viele Länder an diesem Energy Globe Award beteiligen bzw. dass es eine grandiose Verbindung zwischen verschiedensten Veranstaltungen gibt, wobei diese Verbindung in unserer Stadt mündet.

Wenn wir jetzt darüber diskutieren, was das an Werbewirksamkeit für die Stadt bringt, dann ist das eine Diskussion, die zu führen relativ müßig ist, weil man doch auch anerkennen muss, dass die ganze Berichterstattung in den Zeitungen usw. Teil des Erkennens einer Marke und des Standortes Wels ist.

Für uns als Sozialdemokraten ist es in Zeiten wie diesen, wie sie sagten, sehr wohl aner kennenswert, dass dieser Förderungsbeitrag von 100.000 auf 90.000 Euro gesenkt wird. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass es eigentlich keine Position gibt, wo nicht solche Sparüberlegungen angestellt werden. Auf der anderen Seite lassen wir uns nicht darauf ein, die Dinge gegeneinander auszuspielen. Der Dr. Rabl ist ja selbst darauf eingegangen und er weiß ganz genau, dass es sich hier um ein Ausspielen von Projekten untereinander handelt.

Wenn er zuerst sagte, dass wir kein Geld für Schulsanierungen haben, dann frage ich mich, in welcher Stadt Herr Dr. Rabl lebt. Wir haben ein Schulsanierungsprogramm, das auf die nächsten Jahre die Schulsanierungen sichert und wir sind mitten drinnen bei der Umsetzung. Wir haben die Schule in Lichtenegg saniert, wir haben eine neue Schule in der Neustadt gebaut etc. und ich ersuche sie, mir sonst eine Stadt zu zeigen, wo derart viele Bildungsmaßnahmen ge griffen haben.

Wir diskutieren über den Einsatz des Bücherbusses, weil wir wissen wollen, ob es pädagogisch einen Sinn ergibt, Herr Dr. Rabl diskutiert jedoch über diese Frage, weil er sich die Frage stellt, ob Bildung ökonomisch genug umgesetzt wird. Wir sind für die Bildung und für die Menschen in dieser Stadt und wir sind auch dafür, dass die Stadt Wels weiterhin als Energiehauptstadt in Österreich und international präsent ist. Und wenn wir nicht bloß haben wollen, dass die Diskussion über das Welios eine Art Lippenbekenntnis darstellt – das ist wieder so eine Sau, die wir durch das Dorf treiben können – dann müssen wir das Welios mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen. Und so unterstützen wir auch das Thema des Energy Globe Awards bzw. wollen wir dieses weiterhin unterstützen.

Bgm. Dr. Koits: Natürlich stellen 90.000 Euro keine Kleinigkeit dar. Ich gebe schon zu, dass das viel Geld ist, gerade heute viel Geld darstellt. Es hat sich aber nicht nur der Gemeinderat dazu entschieden, sondern viele in unserer Stadt – nachdem wir keine Touristenstadt sind, nachdem wir keinen Berg und keinen See haben – auf ein Thema zu setzen, das für uns eine Marke sein und der Stadt in vielen Belangen etwas bringen kann, nämlich das Thema Energie, wobei ich nicht nur die fossile Energie meine, sondern das Energiethema insgesamt. Die Marke kann aber nur so gut sein, wie man sie tatsächlich lebt. Und hier stelle ich fest, dass drei Gemeinderatsfraktionen in Wels diese Marke leben, eine Fraktion aber nicht. Es tut mir leid, dies feststellen zu müssen, aber vielleicht kommt das noch einmal zurück.

Das Problem ist natürlich, dass Herr Dr. Rabl, wenn es um Einsparungen geht, immer in anderen Bereichen fischen geht. Ich hörte aber noch nie, dass er aus seinem eigenen Aufgabenbereich Vorschläge bringt und sagt: Herr Bürgermeister oder Herr Finanzreferent, hier kann ich 10 oder 20 Prozent einsparen

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Sie lesen meine Mails nicht!

Bgm. Dr. Koits: womit wir dann viele andere Dinge finanzieren können. Leider lassen solche Einsparungsvorschläge auf sich warten, was mir sehr, sehr leid tut.

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Sie müssen meine Mails lesen!

Bgm. Dr. Koits: Jetzt komme ich zur Frage, was das für die Stadt Wels bringt. Natürlich, Herr Dr. Rabl, kann man Werbemaßnahmen nicht konkret in ihrer Auswirkung berech-

nen. Das lässt sich nicht wie beim Metermaß in einzelnen Zentimetern abmessen. Ich kann nur schauen, wie viel Gäste aus einem bestimmten Anlass in die Stadt kommen, wie viele Übernachtungen hat es in einer bestimmten Zeit gegeben, wie viel Präsenz hatten wir in den Medien, wie es eventuell mit der Ausbildung aussieht, mit der Forschung und wie schaut es mit der Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen nicht nur in der Stadt Wels aus, sondern im Land, in Österreich und darüber hinaus. Und sie können mir glauben, dass nicht umsonst der Bürgermeister von Savannah mit uns eine Partnerschaft abgeschlossen hat, nämlich genau zum Thema Energie, weil er nämlich von der Stadt Wels bzw. davon, dass die Stadt Wels Vorreiter ist, was das Thema „erneuerbare Energie“ betrifft, Kenntnis hat. Niemand wird wohl bestreiten, dass die Energie ein Zukunftsfrage für die Menschheit darstellt. Und daher glaube ich, dass es gut ist, wenn wir in diesem Bereich Taten setzen, Taten, die letztendlich den Namen der Stadt mit hinaustragen.

Nun ist mir ganz klar, dass das manche so nicht sehen, was ihr gutes demokratisches Recht ist. Deshalb gibt es in einer Demokratie Abstimmungen und ich denke mir, dass jetzt der Herr Vizebürgermeister abstimmen lässt.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird mit

25 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 9 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Manfred Wiesinger ist bei der Abstimmung zu Punkt 2. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

3.)

Doris Nareyka, Wels Billrothstraße 64;
Verkauf der stadteigenen Wohnung im Objekt Flemingstraße 7 (W 2 A/27);
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-25-2011

Der Antrag lautet:

An Frau Doris Nareyka, Wels, Billrothstraße 64, wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 27 (Wohnnutzfläche 62,68 m²) im Hause Wels, Flemingstraße 7, unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung beträgt € 62.000,--

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

- a) Barbetrag in Höhe von € 57.866,68
- b) Übernahme des aushaftenden Darlehensbetrages wie folgt:
Darlehen Wohnbauförderung per 01.10.2011 € 4.133,32

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten der Käuferin.

3. Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Vzbgm. Wimmer: Nachdem ich heute keine andere Gelegenheit habe, es aber immer wieder verlangt wird und heute Kärnten schon so gelobt wurde, darf ich ihnen zum Thema des Vergleichs mit anderen Städten etwas bekannt geben. Man meint also, dass man bei einem Vergleich mit anderen Städten vielleicht eher auf irgendwelche Einsparungsmöglichkeiten stoßen könnte, mir ist dies aber leider nicht gelungen.

Damit ich nicht den Vorwurf bekomme, mir womöglich eine SPÖ-regierte Stadt ausgesucht zu haben, suchte ich mir für diesen Vergleich die Stadt Klagenfurt aus, was Herrn Dr. Wieser freuen wird, der ja heute schon Kärnten angesprochen hat, als es um diesen Rechnungshofbericht ging. Nun, zu meinem großen Bedauern musste ich feststellen, dass die Homepage der Stadt Klagenfurt sozusagen per 31.12.2010 endet, soweit das eventuelle News betrifft. Und die letzte Aussendung zum Thema Finanzen stammt aus dem Jahr 2006. Jedenfalls ist es so, dass die Stadt Klagenfurt in einer Weise verschuldet ist, dass wir uns bei unserer Pro-Kopf-Verschuldung wirklich alle zehn Finger abschlecken können.

Es war mir also nicht möglich, eine sogenanntes Benchmarking durchzuführen. Ich bitte um Verständnis und werde das beim nächsten Mal in Zusammenhang mit einer anderen Stadt nachholen.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

4.)

Nuri Korkut, Wels, Flemingstraße 16;
Verkauf der stadteigenen Wohnung im Objekt Billrothstraße 109 (W 3 B/6);
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-26-2011

Der Antrag lautet:

An Herrn Nuri Korkut, Wels, Flemingstraße 16, wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 6 (Wohnnutzfläche 74,03 m²) im Hause Wels, Billrothstraße 109, unter nach-stehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung beträgt € 73.200,--

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

- a) Barbetrag in Höhe von € 68.365,66
- b) Übernahme des aushaftenden Darlehensbetrages wie folgt:
Darlehen Wohnbauförderung per 01.10.2011 € 4.834,34

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten der Käuferin.

3. Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

5.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die
Tarifordnung „Internationales Welser Figurentheaterfestival 2010“ abgeändert wird
(1. Novelle zur Tarifordnung Internationales Welser Figurentheaterfestival 2010)
KB-K-63-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 03.11.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 3 beigefügte Abänderung der Tarifordnung „Internationales Welser Figurentheaterfestival 2010“ (1. Novelle zur Tarifordnung „Internationales Welser Figurentheaterfestival 2010“) beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels über die Festsetzung von Tarifen für die außerordentliche Benützung von Schulräumen der Pflichtschulen der Stadt Wels (Tarifordnung für Schulraumbenützung 2012)
SF-Schu-127-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 03.11.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 4 beigefügte Tarifordnung für die außerschulische Benützung von Schulräumen der Pflichtschulen der Stadt Wels (Tarifordnung für Schulraumbenützung 2012) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

7.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;
Beschaffung eines Hubrettungsfahrzeuges (Drehleiter);
Auftragsvergabe
SB-FW-20-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 18.10.2011:

Für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels wird bei der Firma IVECO MAGIRUS Brandschutztechnik GmbH, 8301 Kainbach b. Graz, Hönigtaler Straße 46, eine Drehleiter mit Rettungskorb gemäß dem Angebot vom 03. Oktober 2011 zum Preis von € 702.864,- inkl. MWSt. angekauft.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

8.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Reduzierung der Neuverschuldung
DI-Verf-296-2011

StR. Dr. Rabl: Der nächste Punkt betrifft eine Sache im Bereich der Finanzgebarung, nämlich mit einer Schuldenbremse, die derzeit in aller Munde ist.

Dieser Antrag kommt nicht ohne Grund. Die Sache liegt ganz einfach darin begründet, dass es bei der Stadt Wels im Jahr 2002 praktisch eine Null-Verschuldung gab, inzwischen aber die Stadt Wels wieder hoch verschuldet ist und es somit höchst an der Zeit ist zu sparen.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang beim Herrn Bürgermeister ganz herzlich dafür bedanken, dass er mir jetzt die Gelegenheit gibt, die Einsparungsvorschläge, die ich ihm erst vor einer Woche schickte, darzustellen. Diese Vorschläge sind auf vier Seiten dargelegt, aber ich weiß nicht genau, ob er sie überhaupt schon gelesen hat. Jedenfalls danke ich dafür, dass sie mir jetzt die Gelegenheit geben, nun die Dinge näher darzustellen.

Als erstes geht es natürlich um die Strukturreform, die auf jeden Fall beim Magistrat erforderlich ist. Aus meiner Sicht soll es zur Zusammenlegung von Dienststellen und Abteilungen kommen. Und man müsste überprüfen, ob und inwieweit Mitarbeiter beim Magistrat effizienter eingesetzt werden können.

Darüber hinaus habe ich dem Herrn Bürgermeister vorgeschlagen, er möge den Gemeinderat und den Stadtsenat reduzieren. Ich bin der Meinung, dass es nicht erforderlich ist, diese Gremien in dieser Größenordnung bestehen zu lassen.

Dann sollte es eine Aufgabenreform geben und es sollte überdacht werden, ob verschiedene Bereiche, die derzeit von der Stadt Wels freiwillig übernommen sind, dahingehend überprüft werden, ob sie in dieser Art und Weise weitergeführt werden können, weil leisten können wir und das nicht.

Ich bedanke mich auch beim Herrn Bürgermeister für die Gelegenheit, sagen zu können, dass in meinem Ressort natürlich bereits Einsparungen umgesetzt wurden. Beispielsweise haben wir die Umstellung auf LED-Beleuchtung vorgenommen, die uns im Jahr 300.000 Euro erspart. Dafür habe ich seinerzeit sehr viel Lob von ihnen bekommen und dass sich jetzt der Bürgermeister nicht mehr daran erinnert, wundert mich. Aber andererseits gibt mir das die Gelegenheit, ihnen diese Sache in Erinnerung zu rufen.

Bgm. Dr. Koits: Das führt die EWW AG durch, nicht der Referent!

StR. Dr. Rabl: Tatsache ist, dass es solche Einsparungsvorschläge von uns Freiheitlichen zuhauf gibt, aber Tatsache ist ebenso, dass diese seit zwei Jahren nicht umge-

setzt werden. In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, dass wir den Bürgermeister Magnus Staehler nach Wels eingeladen haben, der seine Stadt schuldenfrei machte. Er hielt uns darüber einen Vortrag und wir haben ihnen einen ganzen Katalog an Maßnahmen überreicht, wo überall eingespart werden kann. Vielleicht wäre es einmal sinnvoll, sich diesen Katalog zu Gemüte zu führen, denn immerhin stehen dort einige Dinge drinnen, die recht interessant sind.

Tatsache ist – diese Aufstellung habe ich von Herrn Vizebürgermeister Wimmer bekommen – dass nach den Maastricht-Kriterien die Stadt Wels im Jahr 2011 20 Millionen Miese machen wird, im Jahr 2012 der Plan bei 14,5 Millionen liegt und im Jahr 2013 bei 18,4 Millionen. Das geht aus einer Aufstellung hervor, die wir erhalten haben und das ist natürlich besorgniserregend. Das insbesondere auch deshalb, weil wir in Zukunft keine Möglichkeit mehr haben, freie Finanzen für etwas zu verwenden, das die Stadt Wels tatsächlich gestaltet.

Es ist für mich durchaus fragwürdig, wenn ein Millionenbetrag in Zinszahlungen fließt, andererseits das Geld an allen Ecken und Enden fehlt. Daran merkt man, dass wir in der Vergangenheit über unsere Verhältnisse lebten, durchaus – das gebe ich selbstkritisch zu – mit Zustimmung der Freiheitlichen bei vielen Projekten und vielen Bereichen. Aber andererseits sagen wir, dass damit irgendwann Schluss sein muss und deswegen sind wir der Meinung, dass sukzessive dieser Fehlbetrag abgebaut werden muss, sodass es im Jahr 2015 tatsächlich zu keiner Neuverschuldung mehr kommen kann.

Der Bund hat ja diese Sache ebenfalls aufgegriffen und im Land soll etwas Ähnliches beschlossen werden. Ziel ist weiters, im Wege eines Staatsvertrages zwischen den Ländern und dem Bund die Sache mit der Verschuldungsgrenze umzusetzen. Und wir glauben, dass wir dem durchaus nähertreten und die Sache sehr schnell, eben bis zum Jahr 2015, über die Bühne bringen könnten.

Nun komme ich noch kurz zum Pro-Kopf-Anstieg der Verschuldung. Dieser hat mich in erster Linie dazu veranlasst, eine Diskussion über diese Sache in die Wege zu leiten. Wenn man sich überlegt, dass im Jahr 2007, konsolidiert, die Pro-Kopf-Verschuldung noch bei 338 Euro lag und sie jetzt laut Plan für das Jahr 2013 bei 2.559 Euro liegt, so kann man erkennen, dass es zu einer Verachtfachung des Verschuldungsgrades gekommen ist.

Ich weiß schon, der Herr Gemeinderat Reindl-Schweighofer hört so etwas nur sehr ungern, aber das kann man halt nicht ändern. Diese Zahlen sind nämlich der „Mittelfristigen Finanzplanung 2011 bis 2013“ entnommen. Das sind die aktuellsten Zahlen, die mir vorliegen. Weitere Zahlen habe ich bisher nicht bekommen, wobei es mich natürlich freut, wenn sich daran in der Zwischenzeit etwas geändert haben sollte. Der Herr Finanzreferent geht halt, was den Zugang zu Zahlen betrifft, durchaus restriktiv vor, was ich irgendwo verstehe, aber in ein paar Tagen haben wir sowieso Finanzausschuss-Sitzung und da bekommen wir wohl die neuesten Zahlen. Zum Zeitpunkt, als wir diesen hier vorliegenden Antrag einbrachten, standen uns jedenfalls keine anderen Zahlen zur Verfügung. Es würde mich wundern, hätten wir in der Zwischenzeit etwas anderes erhalten.

Die Probleme nehmen somit zu und sieht man sich in der internationalen Politik um, kann man wahrlich leicht erkennen, wohin eine ausufernde Verschuldungspolitik führt. Wir sind daher der Meinung, dass wir als Politiker der Bevölkerung rechtzeitig Bescheid

geben sollten, was auf sie zukommt und wie wir diese Schulden abbauen wollen. Zum letzten Mal, als wir Schulden abbauten, nämlich im Jahr 2002, haben wir das Welser Tafelsilber verkauft. Damals ging es um die Anteile des E-Werks an der Strom GmbH, die wir teilweise an die Energie AG verkauften. Damit haben wir Schulden getilgt und eigentlich möchte ich vermeiden, dass die Stadt weiteres Tafelsilber verkauft, um eine Neuverschuldung tilgen zu können, weil ja die Versorgungsleistungen seitens der Stadt sichergestellt sein sollten. Aber das geht halt nur mit einer verantwortungsvollen Personal- und Schuldenpolitik bzw. einer verantwortungsvollen Finanzpolitik.

Der Gesamtschulden stand stieg seit 2002 von 10 Mio. Euro auf inzwischen 116 Mio. Euro an. Hier handelt es sich um Zahlen, deren Dimension man sich eigentlich gar nicht mehr vorstellen kann.

Wir glauben daher, dass diese Schuldenbremse eine geeignete Maßnahme wäre, um ein Ausufern in Zukunft zu verhindern. Das Ganze kann nicht von heute auf morgen passieren – das ist uns vollkommen klar – und deshalb sagten wir ja, dass wir einen Zeitrahmen von drei bis vier Jahren offen lassen sollten, um einen schrittweisen Abbau von Schulden durchführen zu können. Das ist auch jener Standard, der von internationalen Gremien, dem Internationalen Währungsfonds und ebenso vom Bund vorgegeben wird. Und wir glauben, dass das schaffbar ist.

StR. Lehner: Wir müssen bezüglich Schulden etwas unternehmen, und zwar auf Gemeindeebene, also in der Stadt Wels, genauso auf Landes- und Bundesebene wie auf Ebene der EU. Ich bin aber klar der Meinung, dass das, was du hier forderst, leider nicht möglich ist, denn wir können diesen Verschuldungsstopp in unserem Stadtstatut nicht selbst beschließen, denn für solch einen Beschluss ist das Land zuständig.

Ich verweise jedoch darauf, was jetzt vom Bund ausgeht. Maria Fekter als zuständige Ministerin hat die Schuldenbremse angekündigt und es wird diese auch auf uns in den Städten wirken. Gleichzeitig arbeitet die EU an einem sogenannten „Sixpack“, womit die EU die einzelnen Staaten unterstützen wird, wenn es darum geht, eine Neuverschuldung hintanzustellen.

Obwohl wir ganz klar dafür sind, die Neuaufnahme von Schulden zu stoppen, Schulden zu reduzieren und uns Handlungsspielraum für die Zukunft zu schaffen, brauchen wir jedenfalls die notwendigen Mittel, um in Schulen, in die Bildung investieren zu können – die Ausbildung der Jugend macht nun einmal in Zukunft unseren wirtschaftlichen Erfolg aus, den wir unbedingt brauchen – um beispielsweise Betriebsflächen und Ähnliches zu entwickeln, wozu wir ja ebenfalls Möglichkeiten benötigen, um uns finanziell rühren zu können; das geht leider auf die hier vorgeschlagene Art und Weise nicht. Grundsätzlich gibt es aber ein klares Ja von unserer Seite dazu, dass wir die Neuverschuldung reduzieren. Und wir sind ganz klar der Meinung, dass dieser Stopp der Neuverschuldung bei Maria Fekter in sehr guten Händen ist. Sie wird die richtigen Maßnahmen treffen, die dann im Endeffekt auch auf die Stadt zurückgreifen.

Und wenn jemand meint, dass eine Reduzierung der Anzahl der Stadtsenatsmitglieder angebracht sei, so können wir das in Wels genauso wenig beschließen, denn das ist ebenfalls Landessache. Diesbezüglich könnte eine Initiative beispielsweise von eurem Landesrat Haimbuchner ausgehen. Wir sollen aber jene Dinge gestalten, wozu wir aus eigenem in der Lage sind.

Ich danke jedoch für das Bewusstseinsmachen der Schulden-situation. Das ist wichtig und notwendig. Wir müssen sehr wohl auf unsere Finanzen schauen, aber die Schuldenbremse an sich ist ein Thema, das österreichweit gelöst werden muss.

Der Bürgermeister übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Bgm. Dr. Koits: Morgen findet eine Sitzung des Lenkungsausschusses zum „Reformprogramm 2010+“ statt. Ein Expertengremium auf Ebene der Stadt machte sehr konkrete Vorschläge für Einsparungsmöglichkeiten, brachte aber auch viele Anregungen ein, die im Endeffekt nur von der Politik umgesetzt werden können. Ich rede nicht über ungelegte Eier, aber eines bin ich schon gespannt, nämlich ob sich der Lenkungsausschuss dazu durchringen wird, bis zum Jahr 2015 ein Investitionsprogramm festzulegen, und zwar unter Bedachtnahme darauf, was wir uns eigentlich als Stadt so leisten könnten. Was wollen wir uns also in Hinblick auf die Notwendigkeiten wirklich leisten? Dazu brachte der Kollege Lehner schon gute Beispiele etwa in Bezug auf die Bildung. Wenn wir also glauben, die Verschuldung müsste stark eingebremst werden, ist es nun einmal notwendig, eine Prioritätenreihung durchzuführen, weil wir uns eben in Zukunft nicht mehr alles leisten können. Ich bin demnach schon sehr gespannt darauf, wie morgen die einzelnen Fraktionen zu diesem Vorschlag des Schuldenstopps stehen werden.

Herr Kollege Rabl! Selbstverständlich werden jene Vorschläge, die sie einbrachten, entsprechend behandelt, genauso wie die Vorschläge von ÖVP und SPÖ. Wir werden schauen, dass wir zu einem entsprechenden Ergebnis kommen.

Herr Kollege Lehner! Es ist recht nett, wenn sie hier die Frau Finanzministerin in den Mund nehmen. Selbstverständlich ist sie eine sehr couragierte und engagierte Ministerin und es stimmt schon, was sie hinsichtlich der Schuldenbremse sagten bzw. sollte uns diesbezüglich der Bund einmal Vorbild sein, aber in der Stadt Wels haben wir mit unserem Finanzreferenten in den letzten Jahren sehr wohl gezeigt, dass wir eine gute Finanzpolitik machen können. Und wir haben immer wieder versucht, in Abstimmung auf die jeweilige Budgetsituation unser Projekte auszurichten. Aber für die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise kann wohl die Stadt nichts. Wir können allerdings in Zukunft etwas dafür, wenn es eine negative Entwicklung gibt, und zwar dann, wenn wir nicht rechtzeitig Maßnahmen setzen. Es wird sich eben in den nächsten Monaten zeigen, inwieweit der Gemeinderat dazu wirklich ein Bekenntnis ablegt.

Und ich sage ganz bewusst, dass es nicht bloß darum gehen kann, als einer der Referenten immer nur in anderen Referaten gerne nach Einsparungsmöglichkeiten zu suchen, die eigenen Bereiche aber unberücksichtigt zu lassen. Auch auf diese Haltung bin ich morgen in der Diskussion bei der Sitzung des Lenkungsausschusses schon gespannt.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ein derart flammendes Plädoyer für ein Null-Defizit habe ich schon lange nicht mehr gehört. Der letzte, von dem ich das hörte, war ein blau-schwarz schillernder Finanzminister, der viel zu schön ist, um heute noch irgendwo Reputation zu genießen.

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Das kann mir nicht passieren, denn mir fehlt die Schönheit!

GR. Prof. Mag. Teubl: Aber dieses Null-Defizit war, wie wir heute wissen, auch nur getürkt. In Wirklichkeit wurde solch ein Null-Defizit niemals erreicht bzw. beruhte damals die Ankündigung von Grasser auf falschen Zahlen.

Was mir heute fehlte, war so ein markiger Werbespruch wie „Ein schöner Tag beginnt mit einem ausgeglichenen Budget“ oder so ähnlich.

Dass mit dem Geld der Steuerzahler sparsam umgegangen wird, sollte wohl eine Selbstverständlichkeit darstellen und natürlich wollen wir alle nicht haben, dass Wels zu einer Gemeinde wird, die stark verschuldet ist. Natürlich wollen wir alle nicht haben, dass unser Finanzreferent das Geld mit beiden Händen beim Fenster hinauswirft, aber die Neuverschuldung mit null Prozent festzuschreiben, das wäre doch ein derart starres Korsett, wie ich mir das absolut nicht wünschen würde. Ich denke, auch eine Stadt hat eine Verantwortung, nämlich die Verantwortung, auf kulturelle Schwankungen zu reagieren und antizyklisch entsprechende Investitionsmaßnahmen in Gang zu setzen.

Ich denke, dass dieser Antrag der Welser Freiheitlichen spätestens seit der vergangenen Woche mehr als obsolet ist. Wie wir nämlich wissen, ist vom Oö. Landtag am 10. November, von allen dort vertretenen Parteien ein Gesetz beschlossen worden, in welchem unter anderem die jährliche Neuverschuldung der Städte Linz, Wels und Steyr mit maximal 10 Prozent des ordentlichen Haushaltes festgelegt bzw. beschränkt wurde und der Gesamtschuldendienst mit maximal 15 Prozent. Ich denke, das ist eine vernünftige Regelung, eine Regelung, die einerseits zu Sparsamkeit zwingt, andererseits den nötigen Spielraum eröffnet, um doch noch in Zeiten wirtschaftlicher Flauten im Interesse der Bürger Projekte durchziehen zu können. Und deshalb sollten wir darüber hinaus keine weiteren Sparmaßnahmen einleiten. Somit werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank, Walter Teubl, dass du auf den Beschluss des Oö. Landtages von letzter Woche, der übrigens einstimmig und unter sehr konstruktiver Mitarbeit aller Landtagsfraktionen zustande kam, hingewiesen hast. Es ist tatsächlich so, dass per Landtagsbeschluss diese „Schuldenbremse“ bereits festgeschrieben wurde. Das wird selbstverständlich unser Stadtstatut beeinflussen.

Was mich in diesem Zusammenhang besonders freut, ist, dass der Oberösterreichische Landtag eigentlich eine „Lex Wels“ beschlossen hat. Man könnte sich ja fragen, ob die Situation in Wels wirklich so dramatisch ist, wie sie von Dr. Rabl zu beschreiben versucht wird oder eben nicht. Ich darf diese Frage mit einem klaren Nein beantworten, denn der Oö. Landtag hat in seinen erläuternden Bemerkungen zum Gesetz festgestellt, dass für die Stadt Wels eine eigene Regelung in Hinblick auf die Nettoverschuldung erfolgt, nämlich eine prozentuell höhere wie bei den anderen Städten und Gemeinden. Wissen sie warum? Es wird sie eigentlich nicht überraschen, dass diese Regelung aufgrund des äußerst geringen Standes an Altschulden für Wels getroffen wurde. Das unterscheidet uns also von vielen oberösterreichischen Städten und Gemeinden, von denen wir wissen, dass viele – ich glaube, derzeit sind es 307 von insgesamt 444 – kein ausgeglichenes Budget mehr zustande bringen und daher gewissermaßen unter Kuratel des Landes stehen.

Herr Dr. Rabl operiert hier in bekannter Manier mit Zahlen – ich frage hier, ob Herr Dr. Rabl bewusst die Unwahrheit sagt – die schon längst überholt sind. Er weiß natürlich, dass sie überholt sind, nämlich auch aus einem persönlichen Gespräch, das er mit mir

führte, aber heute stellt es sich hierher und tut ganz unwissend bzw. knüpft er daran auch noch die Frage, ob er vielleicht im kommenden Finanzausschuss neue Zahlen bekommen würde. Tatsächlich kennt er aber selbstverständlich die aktuellen Zahlen. Es wissen alle Fraktionen des Gemeinderates, mit denen ich sehr wohl bereits Gespräche führte, dass ich dem Finanzausschuss am kommenden Donnerstag und in weiterer Folge dem Stadtsenat und dem Gemeinderat natürlich ein ausgeglichenes Budget vorlegen werde, und zwar ohne Zuhilfenahme von Krediten oder Darlehen zur Finanzierung des ordentlichen Haushalts. Warum ist das möglich? Das ist deshalb möglich – das nehme ich nicht allein für mich als Finanzreferent in Anspruch – weil wir unter Zusammenarbeit aller Fraktionen, die an einem konstruktiven Geschehen und an einer konstruktiven Weiterentwicklung in unserer Stadt interessiert sind, schon lange mit Sparmaßnahmen begonnen haben. Es sind demnach nicht nur Einnahmen, die zusätzlich geflossen sind, sondern auch ganz erhebliche Einsparmaßnahmen bzw. Ausgabenreduzierungen, die dazu führen, dass wir das Jahr 2011 mit einem ganz interessanten Plus – man könnte auch von einem Überschuss sprechen – abschließen werden. Damit können wir einen entsprechenden Betrag – in einem Unternehmen würde man von einem Gewinnvortrag sprechen – ins nächste Jahr mitnehmen. Und das versetzt uns in die Lage, ihnen ein ausgeglichenes Budget für das Jahr 2012 zur Beschlussfassung vorlegen zu können.

Selbstverständlich ist es aber angebracht, für Investitionen, die nicht bloß für Morgen oder Übermorgen gedacht sind, sondern mindestens für eine, wenn nicht gar mehrere Generationen gemacht werden, entsprechende Darlehen aufzunehmen. Dazu bekenne ich mich auch namens der Sozialdemokratischen Fraktion. Ich schließe mich hier dem Kollegen Lehner an. Wir haben eine besondere Verantwortung in dieser Stadt für diverse Bereiche wie etwa die Bildung. Und wenn sie sich in der Broschüre die Details schon angesehen haben, werden sie erkennen, dass die Stadt Wels im Jahr 2012 sowohl im ordentlichen Haushalt, aber noch viel mehr im außerordentlichen Haushalt sowie im Bereich der Holding – diese Zusammenfassung stellt ja sozusagen das Hobby des Kollegen Rabl dar, der hierfür den Begriff „konsolidiert“ erfunden hat, worunter sich der Bürger nichts vorstellen kann, weil hier Rabl Äpfel mit Birnen vermischt bzw. nimmt er Finanzierungen von städtischen Gesellschaften ganz einfach in das Stadtbudget herein und sagt, dass die Verschuldung damit soundso groß ist, was aber die absolute Unwahrheit darstellt – ein Schulbudget vorsieht, das die Stadt Wels, soweit ich das zurückverfolgen konnte, noch nie hatte. Natürlich gab es diesbezüglich sehr hartnäckige Bemühungen seitens der Schulreferentin, die mir sozusagen fast täglich mit ihren Investitionswünschen die Tür einläuft. Aber jedenfalls sieht auch die SPÖ-Fraktion die Notwendigkeit, in die Bildung zu investieren und so werden wir das auch in Zukunft machen, wenn sich dieser Gemeinderat mit den notwendigen Mehrheiten dazu bekennt.

Was den Verschuldungsgrad oder den Grad der Pro-Kopf-Verschuldung betrifft, muss man die Dinge relativieren. Es ist schon richtig, dass die von Rabl genannten Zahlen aus Unterlagen der Finanzabteilung oder von mir stammen, aber das ändert nichts daran, dass eine Planrechnung aus dem Jahr 2009, in welcher auch das Jahr 2012 dargestellt ist, schon längst überholt ist. Wenn man gewisse Grundkenntnisse der Betriebswirtschaft hat, weiß man natürlich, dass es sich hier nicht etwa um statische Ziffern, sondern um außerordentlich dynamische Ziffern handelt.

Das gilt im Übrigen auch für die von Herrn Dr. Rabl immer wieder ins Gespräch gebrachte Situation rund um das Welios. Er weiß natürlich ganz genau, dass der Businessplan für das Welios aus dem Jahr 2008 auf Ziffern des Jahres 2007 beruht und

solche Pläne in jedem Wirtschaftsunternehmen Jahr für Jahr evaluiert werden. Somit können diese Ziffern ganz einfach nicht mehr stimmen. Wenn wir hier einen Fehler gemacht haben – ich bin der Letzte, der nicht bereit ist, Fehler einzugestehen

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Danke!

Vzbgm. Wimmer: dann ist es jener, dass wir offenbar nicht entsprechend transparent machten, was ein Businessplan ist und was die erwartete Zuschauerzahl ist. Die immer wieder ins Gespräch gebrachten 250.000 Zuschauer waren im Businessplan jene Menge, die den „Brake-even-point“ beschrieb, das heißt, das wäre jene Menge, mit der dieses Projekt auf der schwarzen Linie geführt werden könnte. Nicht mehr und nicht weniger hat diese Zuschauerzahl auf sich. Ansonsten ist genau dargestellt, wie hoch die Abgänge sein werden, wenn wir weniger Zuschauer haben oder wie hoch werden mit dieser oder jener Zahl die Überschüsse sein.

Das war somit die Annahme eines privaten Geschäftsführers, den wir hier im Gemeinderat gemeinsam mit großer Mehrheit – es gab nur drei Gegenstimmen – als unseren Partner beschlossen haben und der hat eben dieses Ziel nicht erreicht. Die Geschäftsordnung und der Aufsichtsrat handelten aber rechtzeitig, was auch einmal gesagt werden muss. Es soll erreicht werden, dass sich beim Welios die Abgänge in einem erträglichen Maß gestalten und selbstverständlich hat für die Zukunft die neue Geschäftsführung die Aufgabe, wenigstens mittelfristig im ausgeglichenen Bereich zu bilanzieren.

Das wollte ich noch dazu sagen, um etwas zurechtzurücken, was hier an unrichtigen oder falsch dargestellten Ziffern von Herrn Stadtrat Rabl gekommen ist. Und im Übrigen unterstreiche ich, was vom Herrn Bürgermeister gesagt wurde. Es würde mich freuen, auch einmal aus den Referaten der Freiheitlichen Einsparungsvorschläge zu bekommen. Herr Dr. Rabl sagt hier, dass er das schon jahrelang macht bzw. dass er schon jahrelang Einsparungsvorschläge tätigt. Nun, das ist schon richtig, aber das gilt eigentlich nur für die Referate der anderen, anscheinend so nach dem Floriani-Prinzip, das heißt, ihr sollt sparen, damit wir das Geld mit beiden Händen hinauswerfen können. Die Bereiche der Herren Dr. Wieser, Kroiß und Dr. Rabl nehmen stetig zu, wobei auch die anderen Bereiche zunehmen, aber nach der Philosophie des Herrn Dr. Rabl sollen ja die anderen Bereiche abnehmen, damit er in seinem Referatsbereich noch mehr zulegen kann, aber das wird es nicht spielen. Und ich hoffe, dass sich hier eine Gemeinderatsmehrheit findet, welche die notwendigen Beschlüsse fasst.

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Herr Bürgermeister, wann erteilen sie denn einmal dem Herrn Vizebürgermeister Wimmer einen Ordnungsruf!?

Vzbgm. Wimmer: Wofür?

Bgm. Dr. Koits: Da war nichts, was einen Ordnungsruf gerechtfertigt hätte!

Zwischenruf (unverständlich) von GR. Dipl.-Ing. Haydinger!

Vzbgm. Wimmer: Das hört natürlich der Parteisekretär der Freiheitlichen sehr ungern, was ich verstehe. Herr Kollege Haydinger, sie bringen nur Mut auf, wenn sie sich hier in der Gruppe befinden, aber wenn ihr Kollege Rabl im Stadtsenat verlangt, dass sie in den Vorstand des Betriebsvereins „Alter Schlachthof“ einziehen bzw. dort als Vorstandsmitglied gewählt werden sollen – da hätte gleich einmal im Stadtsenat beschlos-

sen werden sollen, was in einem privaten Verein zu geschehen hat – dann haben sie nicht einmal den Mut, dorthin zur Jahreshauptversammlung zu kommen und dort für jene Funktion zu kandidieren, für die sie Herr Dr. Rabl vorgeschlagen hat. Das gehört an dieser Stelle auch einmal gesagt! Sie haben es nicht einmal der Mühe Wert gefunden

Bgm. Dr. Koits: Zur Sache, Herr Vizebürgermeister Wimmer! Zur Sache!

Vzbgm. Wimmer: sich für diese Versammlung zu entschuldigen!

Ich habe jetzt einen kleinen Exkurs gemacht, Herr Bürgermeister, glaube jedoch, dass ich bis dahin sehr wohl zur Sache, also zu den Finanzen gesprochen habe.

Bgm. Dr. Koits: Das stimmt schon! Aber bitte wieder zur Sache zu kommen!

Vzbgm. Wimmer: Und ich sage jetzt noch einmal, dass sich Herr Dr. Rabl, was die Wahrheit der Zahlen betrifft, in einem Grau- und Grenzbereich bewegt. Jeder möge sich davon entsprechend dem, was dem Finanzausschuss nunmehr vorgelegt wird, ein Bild machen.

StR. Dr. Rabl: Lieber Hermann, es muss dir ja so weh tun, dass über diese Dinge öffentlich diskutiert wird, nachdem du derart weidwund reagierst. Es ist faszinierend und ich habe es nicht für möglich gehalten, dass du dir Blöße gibst, hier im Gemeinderat auf diese Art und Weise auf eine sachlich geführte Diskussion zu reagieren. Dies zeigt mir aber, dass wir den Finger auf der Wunde haben und wir werden den Finger weiter darauf lassen. Und wir werden dich nicht davor schonen, auch öffentlich darzustellen, wie die Zahlen aussehen.

Die neuesten Zahlen liegen nicht vor, auch wenn du es fünf Mal sagst. Richtig ist, dass es ein Gespräch gab, so lange ich die Zahlen aber nicht gesehen habe, kann ich sie nicht bewerten oder prüfen. Du hast uns schon viele Zahlen genannt und einige davon haben nicht gehalten. Ich erinnere nur an das Welios. Da sagtest du, dass wir uns nicht auskennen und das Welios sicher Gewinn machen würde, aber nach dem bisherigen Megaverlust muss man doch sagen, dass man sich auf deine Zahlen nur ganz schwer verlassen kann.

Das große Wirtschaftsimage, das du dir zugelegt hast, verblasst schön langsam und es tut halt weh, wenn man sich immer als großer Finanzexperte herstellte und sagte, dass man das alles könne und schon alles machen werde, dann aber einsehen muss, dass alles in die Hose geht, was man so tut. Das ist halt einmal so und wir nehmen es zur Kenntnis. Die Geschichte ist aber ohnehin schnell genug, um diverse Dinge zu bestätigen. Das Welios stellt so eine Art von erstem Schritt dar und wir werden sehen, welche Schritte noch folgen werden. Wir werden sehen, wie finanzgenial du wirklich bist und was du dann wirklich tust. Tatsache ist jedenfalls, dass zwischen Wahrheit und Unwahrheit schon genau unterschieden werden kann und deine Unwahrheiten werden nicht deshalb wahrer, weil du sie immer wiederholst. Und richtig ist, dass die Stadt Wels immer wieder neue Schulden machte. Eine Rückzahlung von Darlehen oder Krediten erfolgte nur einmal, und zwar deswegen, weil etwas verkauft wurde, weil Tafelsilber verkauft wurde.

Und so sehe ich gar keinen Anlass, sich so aufzuregen. Ich kann das nicht wirklich nachvollziehen. Wenn du jetzt davon sprichst, dass alle Zahlen, die ich nannte, falsch sind und wenn du nichts vom Begriff der „konsolidierten Schulden“ hören willst, dann kann ich nur eines sagen: Das ist ungefähr so wie bei einem Familienkonto. Wenn beispielsweise meine Frau einkaufen geht und Schulden macht, dann werde ich nicht einfach sagen können, dass mich die Abdeckung der Schulden nichts angeht, denn dies hat ja meine Frau gemacht. Eines ist jedenfalls fix: Wenn die Stadt Wels eine Gesellschaft gründet, die zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt Wels steht und von dieser Gesellschaft Schulden gemacht werden, für welche die Stadt auch die Haftung übernehmen muss, dann finde ich es schon sehr mutig, in Zusammenhang mit der Rückzahlung zu sagen, dass es sich hierbei um keine Schulden der Stadt Wels handelt, obwohl noch dazu mit diesen Krediten Investitionen der Stadt finanziert wurden. Was ist denn beispielsweise in der Immo KG passiert? Wofür oder was hat diese gebaut? Das waren Schulen, Altersheime, Messehallen, und du willst mir jetzt erzählen, dass das keine Schulden der Stadt sind? Aber was soll denn das sonst sein, wenn nicht Schulden der Stadt? Nur du rechnest das hinaus, weil du alles verschleiern willst!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Reg' dich nicht so auf!

StR. Dr. Rabl: Nur du rechnest das hinaus, indem du sagst, das zählt alles nicht, aber genau das sind doch die wahren Dinge! Und es gibt sogar Schreiben von dir, in denen du darauf hinweist, dass wir das Ganze unbedingt maastrichtkonform darstellen müssen und in denen du feststellst, dass natürlich auch diese Schulden dazugezählt werden müssen. Aber hier in der Gemeinderatssitzung vergisst du das einfach, weil es dir natürlich unangenehm ist, auch über diese Schulden zu reden. Das ist die Tragik, die wir immer wieder feststellen müssen. Du holst dir halt gerade das Papierl oder die Zahl hervor, die dir gerade in den Kram passt, ohne einmal bei einer Meinung zu bleiben und beständig zu sagen, was Sache ist und was nicht. Natürlich tut es weh, wenn man immer darauf hingewiesen wird.

Dabei wird es auch nicht helfen, wenn du dich immer wieder belustigt zeigst, denn so lustig

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Doch!

StR. Dr. Rabl: so lustig ist die Sache nämlich im Ergebnis gar nicht! Hier geht es nämlich um Geld der Steuerzahler bzw. um Mittel, die dem Steuerzahler fehlen werden, wenn am Ende die Rechnung kommt. Und das ist bedauerlich.

Was mich allerdings an deinen heutigen Ausführungen freute, ist – das muss doch auch gesagt werden – dass du wenigstens zugibst, dass wir zahlreiche Vorschläge unterbreiteten. Der Bürgermeister sagte allerdings etwas früher, dass von uns gar keine Vorschläge kommen würden und daran sieht man, dass ihr euch intern nicht so richtig absprecht. Entweder wisst ihr nicht, was wirklich los ist oder ihr tauscht euch nicht richtig aus. Jedenfalls finde ich es erfreulich, dass das jetzt einmal klargestellt wurde.

Wenn hier gesagt wurde, dass wir eigentlich nur unsere eigenen Referate auf Kosten der anderen auffetten wollen, kann ich nur sagen, dass da nicht viel zum Auffetten ist, weil uns ja die SPÖ ohnehin schon früher alles weggenommen hat. Abgesehen davon war ich trotzdem der Einzige, der zahlreiche Male Einsparungsvorschläge für mein eigenes Referat machte. Ich kann sie hier wiederholen. Beispielsweise habe ich die Ein-

sparung der Förderung für den nachträglichen Einbau der Lifte vorgeschlagen, eine der größten Positionen in meinem Haushalt. Ich habe kein Problem mit dieser Streichung, aber offenbar nimmst du das nicht gerne zur Kenntnis.

Andererseits ist es Tatsache, dass ich aus deinem Referat noch nie einen Einsparungsvorschlag hörte. Es tut anscheinend weh, wenn man in seinem eigenen Bereich einmal etwas einsparen soll, aber vielleicht kommt das noch; ich bin zuversichtlich. Du bist ja der Finanzreferent und deshalb musst du uns erklären, wie du das Budget sanieren willst. Dabei wirst du nicht immer nur andere vorschicken können, so wie du das jetzt tust. Da müssen zuerst einmal die Beamten einen Test machen und schauen, was möglich erschiene. Dann sollen die Fraktionen sagen, welche Vorschläge sie haben, nur von dir selbst hörte ich noch nie einen Vorschlag in der Richtung, wie du das Budget sanieren willst. Nimm also einmal deine Verantwortung als Finanzreferent wahr und schau einmal, dass du Ordnung in dein eigenes Referat bringst, bevor du mit dem Finger auf andere zeigst! Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

Zum Herrn Bürgermeister Folgendes. Richtig ist, dass es ein „Reformprogramm 2010+“ gibt und ich glaube, man muss den zuständigen Beamten auch einmal ein Lob dafür aussprechen, dass sie sich diese Arbeit angetan haben, wobei ich allen voran den Magistratsdirektor nenne. Es ist nicht selbstverständlich, dass Beamte so beherzt an eine Sache herangehen. Was mir dabei fehlte, das waren klare Vorgaben seitens der Politik. Es wurde nicht vorgegeben, welche Aufgaben man konkret einsparen will und somit kann man auch nicht konkret sagen, was die eine oder andere Einsparung tatsächlich brächte.

Zum Peter Lehner muss ich sagen, dass ich es für gut und sinnvoll erachte, dass das jetzt bei der Finanzministerin Fekter liegt. Der hier vorliegende Antrag würde sozusagen eine Absichtserklärung des Gemeinderates darstellen. Mir ist vollkommen klar, dass das Statut nur vom Landtag beschlossen bzw. geändert werden kann und deshalb wurde hingeschrieben: Der Gemeinderat möge beschließen, die Neuverschuldung schrittweise auf 0 Prozent zu reduzieren. Das wäre eine Selbstbindungserklärung des Gemeinderates und wir haben so etwas schon einmal beschlossen, nämlich am 01. Juli 2010. Da gab es eine ähnliche Absichtserklärung. Und dann steht noch im Antrag, dass erst in der Folge dieser Beschluss im Welser Stadtstatut verankert werden sollte. Das wäre eine Aufforderung an das Land. Aus meiner Sicht ist also ein derartiger Beschluss schon möglich.

Zum Magister Teubl muss ich noch Folgendes sagen. Diese 0 Prozent, die kritisiert wurden, weil sie zu radikal seien etc., die kommen ja nicht von mir, sondern es sind diese 0 Prozent Inhalt eines beschlossenen Staatsvertrages zwischen den Ländern und dem Bund. Auch das hat übrigens Herr Vizebürgermeister Wimmer zur Kenntnisnahme ausgeschickt. Und in diesem Vertrag steht im Artikel II ganz klar drinnen, dass das maximale Defizit der Gemeinden in den Jahren 2012, 2013 und 2014 bei 0 Prozent liegen muss. Das heißt also, dass wir das schon mit dem kommenden Voranschlag erreichen sollten. Der Gemeindebund hat zugestimmt, der Städtebund ebenso und Bund sowie Länder haben das so beschlossen, das heißt, das Ganze kommt nicht von mir, sondern von Bund und Ländern. Ich bin also mit diesem Antrag noch gemäßiger als das, was die Gesetzgeber hiezu vorsehen. Dass sie das nicht gelesen haben, dafür kann ich freilich nur wenig. Tatsache ist jedenfalls, dass das nicht von mir kommt, sondern von anderen.

Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Antrag und um Abstimmung.

Bgm. Dr. Koits: Abschließend möchte ich schon noch darauf hinweisen, dass die Vorgangsweise bei Erstellung des „Reformprogrammes 2010+“ einstimmig beschlossen wurde. In drei bisherigen Sitzungen des Lenkungsausschusses wurden von allen Fraktionen diverse Vorgangsweisen einstimmig beschlossen. Daher kann man sich jetzt nicht davon absentieren.

Der Initiativantrag (Anlage 5) wird bei

10 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 25 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 143) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 109)
BZ-BauR-3507-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.10.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 6 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (143. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (109. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 144) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 110)
BZ-BauR-5010-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.10.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 7 beigefügte Verordnung über

die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (144. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (110. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 145) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 111)
BZ-BauR-5009-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.10.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 8 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (145. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (111. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 147) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 113)
BZ-BauR-5008-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.10.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 9 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (147. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (113. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer ist bei Behandlung von Punkt 12. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 102/2.8 (Stadtteil: Vogelweide)
BZ-BauR-6011-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.10.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 10 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 102/2.8 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 116/D.1.1 (Stadtteil: Pernau)
BZ-BauR-6016-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.10.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 11 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 116/D.1.1 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 117/3.3 (Stadtteil: Pernau)
BZ-BauR-6006-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.10.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 117/3.3 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Initiativantrag von Mitgliedern des Gemeinderates betreffend Einrichtung eines
Gemeindeverbandes „Wirtschaftspark Voralpenland“
DI-Verf-297-2011

StR. Lehner: Hier geht es um etwas Grundsätzliches, nämlich um die Erstellung eines Konzeptes für die Gründung und Errichtung eines Gemeindeverbandes mit dem Titel „Wirtschaftspark Voralpenland“. Und hier soll die Stadt Wels aktiv mitwirken.

Worum geht es bei diesem Wirtschaftspark? Landesrat Viktor Sigl möchte oberösterreichweit in dieser Legislaturperiode fünf Wirtschaftsparks gründen. Einer besteht schon, nämlich jener des Bezirks Perg. Und jetzt geht es darum, einen solchen Wirtschaftspark auch in Wels zu entwickeln, wobei unter Wels immer die Stadt und die Kommunen des Umlands gemeint sind. Damit soll erreicht werden, dass für die Zukunft

Betriebsbauflächen in ausreichender Weise für die Ansiedelung von Betrieben größerer Dimension vorhanden sind.

Hier müssen die Gemeinden Richtlinien erarbeiten, wobei es auch darum geht, Kommunalsteuereinnahmen in bestimmter Weise aufzuteilen und verbindlich etwas in der Weise festzulegen, wie Investitionen in einem derartigen Wirtschaftspark aufgeteilt oder durchgeführt werden. Wir schlagen vor, das Ganze zusammen mit allen Fraktionen zu erarbeiten.

Wichtig ist, dass wir für die Zukunft gerüstet sind und in Wels Arbeitsplätze anbieten können. Wichtig ist, dass wir gemeinsam vorgehen, gemeinsam als Gemeinderat. Und an dieser Stelle bedanke ich mich für die Unterstützungen bei der Einbringung dieses Antrages. Wir wollen also gemeinsam mit den Kommunen des Bezirkes Wels-Land Vor-sorge treffen, um speziell für die Jüngeren neue Arbeitsplätze zur Verfügung stellen zu können, womit natürlich Ältere nicht ausgeschlossen sein sollten.

GR. Prof. Mag. Teubl: Dieser vorliegende Antrag fußt auf der zuletzt stattgefundenen Präsentation der Idee, solch eine Wirtschaftspark einzurichten. Wir von den GRÜNEN halten das für eine sehr gute Idee, die sicherstellt, dass unsere Region auch in Zukunft über Betriebe bzw. zusätzliche Arbeitsplätze verfügt. Und ich bin an dieser Stelle auch froh darüber, wenn einmal über den Tellerrand hinausgeblickt wird und für Wels mit Umgebung, also für die gesamte Region ein „Wirtschaftspark Voralpenland“ geschaffen werden soll, der alle für die Errichtung von Betrieben vorhandenen Ressourcen bündelt. Und nachdem der Standort Wels nicht beliebig erweiterbar ist, das heißt, wir sind von der Fläche der Stadt her beschränkt, was wir bei verschiedensten Gelegenheiten immer wieder sehen – gerade Betriebsansiedelungen kommen immer wieder in sehr heftige Diskussionen – finde ich es sehr wichtig, dass solche Kooperationen getätigt werden. Natürlich wird man sich noch ansehen müssen, welche Bedingungen dafür in einem abzuschließenden Vertrag stehen würden, aber die Initiative selbst unterstützen wir zu 100 Prozent. Und wir hoffen, dass es tatsächlich gelingt, diesen „Wirtschaftspark Voralpenland“ zu errichten.

StR. Lehner: Ich danke für die Unterstützung, wobei es heute vorerst um den Grundsatz selbst geht. Ein entsprechender Vertrag wird noch hier im Gemeinderat zur Abstimmung kommen. Ich bedanke mich aber dafür, dass alle Fraktionen schon im Vorfeld sehr positiv mitwirken.

Bgm. Dr. Koits: Der Herr Referent wird sich noch an die Fraktionen zwecks Nominierung von Kolleginnen und Kollegen wenden, die dann in einer Arbeitsgruppe tätig sein sollen.

Der Initiativantrag (Anlage 13) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

17.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Kosten für Inserate und Werbeeinschaltungen in Medien
DI-Verf-298-2011

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: Die Stadt Wels hat im Jahr 2010 einen Betrag von 166.000 Euro für Kampagnen und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen ausgegeben. Und in der dubiosen Rubrik „Entgelt für sonstige Leistungen“ findet sich im Jahr 2010 ein Betrag von 123.000 Euro, was in Summe einen Betrag von 290.000 Euro ergibt. Im Jahr 2009, in dem bekanntlich Gemeinderatswahlen stattfanden, womit sozusagen automatisch etwas mehr ausgegeben wurde, finden sich in diesen Rubriken Beträge in Höhe von 100.000 Euro bzw. von 262.000 Euro, also in Summe über 360.000 Euro. Vergleicht man also die Jahre 2009 und 2010 miteinander, so hat die Stadt Wels im Jahr 2009 um ca. 70.000 Euro mehr ausgegeben als im Jahr 2010 oder um mehr als 25 Prozent.

Das ist sozusagen jede Menge an Zahlen und all diesen Zahlen gemeinsam ist eines: Sie sind für die Welserinnen und Welser nicht nachvollziehbar. Es ist nicht nachvollziehbar, welche Medien welche Summen erhalten haben. Und natürlich gibt es auch bei den stadteigenen Betrieben keinerlei Offenlegung dieser Medienmaßnahmen. In anderen Städten und Ländern, beispielsweise in Salzburg und in der Steiermark, gibt es eine derartige Offenlegung bereits und auf Bundesebene wurde ein derartiger Gesetzesantrag schon eingebracht. Der Bund hat sich recht lang dagegen gewehrt, aber offenbar wurde am Ende der öffentliche Druck doch zu groß. Ich erinnere nur an den Skandal mit dem damaligen Infrastrukturminister und jetzigen Bundeskanzler Faymann, wobei es ja um die Inseratenfinanzierung durch die ÖBB ging.

Wir Welser Freiheitlichen fordern daher, dass die Stadt Wels jährlich einen Bericht vorlegt, in dem alle Kosten für Inserate bzw. Werbeeinschaltungen, jeweils aufgegliedert nach dem verschiedenen Medien, offengelegt werden. Wünschenswert wäre es natürlich, dass diese Maßnahme auch auf die stadteigenen Betriebe ausgedehnt würde. Ich glaube, dass die Welserinnen und Welser ein Recht darauf haben, zu erfahren, was mit ihren Steuergeldern passiert. Es soll daher für die Bürger nachvollziehbar werden, in welchem Medium die Stadt Wels welche Summen für diverse Maßnahmen ausgibt.

GR. Reindl-Schwaighofer: Der Berichterstatter sagte schon, dass man sich auf Bundesebene mit dem gleichen Thema befasste. Und so würde ich vorschlagen, dass wir warten, bis wir von dort her die Ergebnisse der Überlegungen bekommen.

Ich stelle somit den Antrag zur Geschäftsordnung, dass wir diesen Antrag dem Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung zuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 14) an den Präsidual- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung wird mit

28 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer, GR. Buttinger, GR. Hoflehner und GR. KommR. Baumgartner sind bei der Abstimmung zu Punkt 17. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

18.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Einrichtung einer Projektgruppe zur Übernahme des Welios durch die Stadt Wels
DI-Verf-299-2011

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: Ich weiß nicht, ob sie das Zitat kennen. Einige von ihnen werden es bestimmt kennen, weil sie ja tagtäglich unter diesem Motto agieren und ich darf vor allem ihnen, Herr Bürgermeister und Herr Vizebürgermeister Wimmer – dieser ist gerade nicht herinnen – dieses Zitat näher bringen. Ich zitiere wörtlich: „Wenn es mehrere Möglichkeiten gibt, eine Aufgabe zu erledigen und eine davon in einer Katastrophe endet oder sonst wie unerwünschte Konsequenzen nach sich zieht, dann wird es jemand genau so machen.“ Das ist das berühmte Gesetz von Murphy.

Jeder, der jetzt dieses Gesetz hörte, wird wohl ein gewisses Aha-Erlebnis haben, wenn er daran denkt, was in den letzten Wochen, Monaten und Jahren in Zusammenhang mit dem Welios passiert ist. Hier sitzen genau diese „Irgendjemand“ im Zusammenhang mit dem Welios, die eine Katastrophe nach der anderen produzierten, von denen Murphy in Darstellung seiner Gesetzmäßigkeit gesprochen hat.

Es ist wirklich interessant, Herr Bürgermeister, was sie sich in Koproduktion mit dem Finanzreferenten Wimmer leisteten. Das ist wirklich eine treffliche Meisterleistung.

Ich darf jetzt die ganzen Vorkommnisse rund um das Welios in den letzten Jahren in einem Schnelldurchlauf chronologisch vorüberziehen lassen.

Erste Überlegungen zum Welios gab es bereits im Jahr 2001. Diese Überlegungen sind immer weiter gereift und im Jahr 2008 wurde dann die Betreibergesellschaft Petri & Tiemann ins Boot geholt. Die Gründung einer Betriebs-GmbH sowie der Finanzierungsbeschluss wurden dann, wohlgemerkt, ohne Stimmen der Freiheitlichen gefasst bzw. beschlossen. Wir Freiheitliche haben schon damals Bedenken hinsichtlich wirtschaftlicher Unklarheiten, hinsichtlich eines Businessplans, der für niemanden nachvollziehbar gewesen ist und hinsichtlich der Unklarheit über die Kostenstruktur geäußert.

Ich darf dazu einige Wortmeldungen aus dem Gemeinderat vom 19. Mai 2008 zitieren. Es gab damals – sagte Herr Dr. Rabl – Zweifel in Zusammenhang mit der Kalkulation, welche noch keineswegs ausgeräumt sind. Diese Zweifel wurden dann noch von Dr. Rabl untermauert, nämlich mit dem Beispiel, das immer wieder von den Roten gebracht wurde und das sich auf die Stadt Bremen bezog. Es wurde ja in Bremen ein ähnliches Science-Center errichtet und zieht man rund um Bremen einen Kreis im Ausmaß von 200 Kilometern, kommt man auf eine Einwohnerzahl von ungefähr 16 Mio. Menschen. Das dortige Science-Center hatte im ersten Jahr einen Zustrom von 380.000 Besuchern und prognostiziert waren übrigens von denselben Betreibern wie in Wels 600.000 Besucher. Wird der gleiche Kilometerkreis rund um die Stadt Wels gezogen, kommt man natürlich nicht auf 16 Mio. Menschen, sondern gerade mal auf 2,5 Millionen.

In der damaligen Gemeinderatssitzung vom Mai 2008 haben wir dann Zahlen präsentiert bzw. rechneten wir das auf die Besucherzahlen von Bremen um und kamen auf 70.000 Besucher in Wels.

Zwischenbemerkung Vzbgm. Wimmer: Der muss alles sagen, was ihm der Rabl vorschreibt.

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: Herr Wimmer, gibt es irgendeine Frage?

Bgm. Dr. Koits: Herr Diplomingenieur, reden sie bitte weiter!

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: Passen sie halt auf!

Weiters wurde damals von Herrn Dr. Rabl der sogenannte Call-Optionsvertrag und das damit verbundene Abtretungsangebot von einem Euro abgelehnt, denn so sagte Rabl damals: „Wenn sie nicht mehr wollen, wenn sie zum Beispiel“ – da waren die Betreiber Petri & Tiemann gemeint – „in diesen Verlustbetrieb nichts mehr einschließen wollen, können sie jederzeit aussteigen. Da fließen Millionen an Beraterhonoraren an die Betreiber, damit sie das ausstatten, sie beteiligen sich aber mit lächerlichen Beträgen an dieser Betreibergesellschaft und schon nach dem ersten Jahr, in dem sie Verluste machen, steigen sie einfach aus.“

Wohlgemerkt – da möchte ich extra nochmals hinweisen – es handelt sich hier nicht um aktuelle Aussagen der Freiheitlichen, sondern um Aussagen vom Mai 2008, also um Aussagen vor dreieinhalb Jahren. Und wenn man jetzt Revue passieren lässt, etwa die Prognose von 70.000 Besuchern und das Ausstiegszenario, wonach sich die Betreiber schon nach dem ersten Jahr aus Wels verabschieden können, dann könnte man den Freiheitlichen fast hellseherische Fähigkeiten unterstellen. Ich würde es eher als vernünftige, realistische und vor allem als eine im Interesse der Welser Bevölkerung verantwortungsvolle Politik bezeichnen.

Ein ganz wichtiger Punkt wurde damals von Herrn Vizebürgermeister Dr. Wieser angesprochen, bevor es zur Abstimmung kam, nämlich jener, wer denn eigentlich die Risiken zu tragen hat. Jene Funktionäre, die im Gemeinderat dieses Projekt befürworteten, hatten überhaupt kein Risiko zu tragen. Das Risiko lag und liegt wohl zur Gänze bei den Welser Steuerzahlern, bei jedem einzelnen Steuerzahler in der Stadt Wels.

Weiters haben wir damals darum ersucht, dass vor einer Beschlussfassung im Gemeinderat die ins Auge gefassten künftigen Betreiber, also Petri & Tiemann, noch einmal nach Wels kommen mögen, damit noch all diese offenen Fragen näher erläutert werden. Die Antwort des Herrn Bürgermeister darauf war: Ja, wir haben die Betreiber eh gefragt, ob sie zu uns kommen könnten, aber die haben halt leider keine Zeit, das heißt, sie könnten frühestens im Juni zu uns kommen, also erst nach dem Zeitpunkt der vorgesehenen Beschlussfassung. War auch nicht so tragisch, denn es ging ja nur um eine Investitionssumme von 10 Mio. Euro seitens der Stadt Wels und um insgesamt 22 Mio. Euro.

Von Herrn Finanzreferent Wimmer in seiner bekannten Präpotenz durfte sich dann Herr Dr. Rabl auch noch Unwissenheit, Unkenntnis

Bgm. Dr. Koits: Herr Dipl.-Ing. Haydinger, ich darf sie ersuchen, eine andere Wortwahl an den Tag zu legen! Sie gebrauchen jetzt schon drei Mal einen Ausdruck, der in einer Diskussion im Gemeinderat nichts zu tun hat.

Ich ersuche wirklich alle Gemeinderatsmitglieder, sich einer Sprache zu befleißigen, die tatsächlich in Ordnung ist. Ansonsten werde ich die entsprechenden Rufe zur Ordnung erteilen.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das hat ihnen der Dr. Rabl sicher nicht auf den Spickzettel geschrieben! Jetzt muss ich den Dr. Rabl direkt einmal in Schutz nehmen!

Bgm. Dr. Koits: Egal, wer immer solche Worte gebraucht, ich werde dieses Instrumentarium benutzen!

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: Sei es wie es sei, Tatsache ist

Bgm. Dr. Koits: Nicht „sei es wie es sei“, es wird so sein!

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: Der Herr Wimmer hat jedenfalls Herrn Dr. Rabl Unwissenheit, Unkenntnis und fehlendes wirtschaftliches Denken unterstellt. Und dazu muss ich schon sagen, dass das eine Ungeheuerlichkeit ist, wenn jemand, der seit seinem 19. Lebensjahr am Magistrat sitzt, einem erfolgreichen Rechtsanwalt vorwirft, dass er vom Vertragswesen keine Ahnung hat.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Ah, geht es jetzt um den Rechtsanwalt Rabl? Dann werden wir dieses Thema aufnehmen! Kein Problem, Herr Dr. Rabl! Wenn du möchtest, dass über deine berufliche Tätigkeit hier diskutiert wird, mache ich das gerne. Das mache ich gerne, denn du hast ihm ja wohl vorgegeben, was er zu sagen hat!

StR. Dr. Rabl: Reden wir uns das aus!

Vzbgm. Wimmer: Gerne! Ich bin schon gespannt, was dazu die Rechtsanwaltskollegen in deiner Kanzlei sagen! Wenn du das gerne möchtest, mache ich das gerne.

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Eine gefährliche Drohung!?

Bgm. Dr. Koits: Nein, das ist keine gefährliche Drohung! Ich sagte doch gerade, es mögen sich alle einer Wortwahl befleißigen, die in Ordnung ist.

Zwischenruf (unverständlich) von StR. Dr. Rabl!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Da brauchst du nicht grantig zu werden! Schreib ihm halt eine andere Rede!

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte jetzt noch mal alle ersuchen, sich zurückzunehmen! Bitte, Herr Diplomingenieur!

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: In der damaligen Gemeinderatssitzung wurde von uns Freiheitlichen der Antrag eingebracht, es möge das Ganze nochmals überdacht und an den Präsidialausschuss rücküberwiesen werden.

Herr Rabl sagte damals: „Ich weiß nicht, ob man sich das alles ausreichend überlegt hat. Ich weiß nicht, ob die Kalkulation wirklich unter Zugrundelegung aller Parameter, die man braucht, um das seriös beurteilen zu können, gemacht wurde. Und ich möchte hier darauf hinweisen, dass dieser Verlust sich langfristig auf die Finanzen der Stadt Wels auswirken wird und damit zusammenhängend die Frage aufwerfen, ob es nicht doch besser wäre, nochmals einen Schritt zurückzuschreiten. Ich stelle daher die Frage, Herr Bürgermeister, ob es nicht sinnvoll wäre, das Ganze nochmals im Präsidialausschuss zu beraten, dort die Kalkulationsgrundlagen offenzulegen, darüber zu diskutieren bzw. ihre Plausibilität zu überprüfen und erst danach zu sagen: Ja, wir können mit gutem Gewissen 10 Mio. Euro in dieses Projekt investieren, weil wir wissen, dass es sich um ein nachhaltiges Projekt handelt.“

Soweit diese Zitat und ich darf noch hinzufügen, dass der Antrag auf Rückverweisung natürlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und den GRÜNEN abgelehnt wurde.

Ich komme jetzt auch noch zu einem Statement von Herrn Vizebürgermeister Ploier, der zu den von Dr. Rabl geäußerten Bedenken meinte: „Lieber Kollege Rabl! So wie du an die Behandlung dieses Themas herantrittst, erinnert mich das an einen Satz, der heißt: Das Leben ist lebensgefährlich und darum kommen wir am besten gar nicht auf die Welt. Ich glaube, darauf kann man deine Wortmeldung in ihrer Gesamtheit reduzieren.“

Man kann also auch anhand dieses Zitats feststellen, dass wir ganz einfach verspottet wurden. Trotz allem haben wir noch einmal darauf hingewiesen und ersucht, das Ganze nochmals zu überdenken. Diesem Antrag auf Finanzierung des Projektes wurde letztlich ohne unsere Stimmen beigeplottet und wir haben im Mai 2008 eine Pressemeldung ausgeschildet, in welcher wir ebenfalls darauf hingewiesen haben, dass diese ganzen Zahlen unrealistisch sind. Wir haben auch in dieser Presseaussendung darauf hingewiesen, dass wir auf jährlich ungefähr 76.000 Besucher kommen.

Wir haben auch noch einige andere Tourismusattraktionen erwähnt, beispielsweise die Grottenbahn in Linz, die auf jährlich 165.000 Besucher kommt oder auf den Zoo in Schmiding mit 170.000 Besuchern.

Man muss aber gar nicht so weit gehen bzw. kann man auch in Wels bleiben. Hört man sich etwa den Herrn Angerlehner an, einen erfolgreichen Unternehmer in Wels, dann hört er, dass er in seinem neuen Museum mit 20.000 bis 25.000 Besuchern rechnet.

Aber es ist natürlich ein großer Unterschied, ob man mit seinem eigenen, hart verdienten Geld kalkulieren muss oder mit dem Geld der Steuerzahler.

Im März 2009 haben wir einen Dringlichkeitsantrag in dieser Sache eingebracht. Dies deshalb zu diesem Zeitpunkt, weil ein Siegerprojekt gekürt wurde und wir den Medien entnehmen konnten, dass das Science-Center bereits im Jahr 2011 fertiggestellt sein sollte. Auch dieser Dringlichkeitsantrag wurde abgelehnt. Damals hatten aber sogar die GRÜNEN schon mit uns gestimmt, weil sie bereits erkannten, dass es sich hierbei um ein äußerst bedenkliches Unterfangen handeln würde.

Was nun den heutigen Antrag betrifft, stelle ich fest, dass bereits einige Zahlen vorliegen. Im ersten Halbjahr kommt das Welios auf eine Besucherzahl von ca. 53.000. Wenn wir das hochrechnen und einem Umsatz von 610.000 Euro gegenüberstellen, und davon einen Wareneinsatz von 62.000 Euro, Betriebskosten in Höhe von 500.000 Euro und auch noch die Personalkosten abziehen, ergibt sich ein Jahresverlust von 800.000 Euro. Selbst wenn wir die Personalkosten weglassen, bleibt immer noch ein Verlust in Höhe von 450.000 Euro.

Wenn wir diese Zahlen hören, wird es sie vielleicht wundern, dass ich trotz allem noch optimistisch bin. Wir stecken hier schon in einem ziemlichem Schlamassel dank ihrer Fehleinschätzungen, aber ich glaube, es gibt trotzdem noch einen Weg, wie wir aus diesem Schlamassel herauskommen könnten.

Wir stellen daher den Antrag, dass die Stadt Wels eine Projektgruppe einrichten soll, welche die Entscheidungsgrundlagen für die Übernahme des Welios durch die Stadt Wels erarbeitet und Empfehlungen für die weitere Vorgangsweise abgibt. Diese Projektgruppe sollte folgende Probleme erörtern.

Zum Ersten geht es um die Geschäftsführung. Es sollte bereits begonnen werden, einen neuen Leiter zu suchen, der die Möglichkeit hat, sich in die Materie einzuarbeiten und somit die Geschäftsführerposition übernehmen kann. Die Einsetzung der Herren Mag. Schneider und Jungreithmair kann ja nur eine vorübergehende sein, denn die beiden finden ja in ihren eigentlichen Aufgabenbereichen genug an Beschäftigungsmöglichkeiten vor.

Der zweite Punkt – ein sehr wichtiger Punkt – ist, dass die Stadt Wels möglichst rasch einen privaten Betreiber für das Welios suchen sollte, welcher das Science-Center mietet und sich dazu verpflichtet, den Betrieb des Welios weiterzuführen.

Dieser neue Vertrag mit einem privaten Betreiber soll folgende Punkte beinhalten:

Eine Fortführungsgarantie;

der Betreibervertrag sollte auf mehrere Jahre hinaus unkündbar sein;

der neue Betreiber müsste verpflichtet werden, der Stadt Wels regelmäßig Bericht zu erstatten und

darüber hinaus sollte das Lokal weiter betrieben werden.

Zum Dritten glauben wir, dass es notwendig sein wird, das Welios komplett neu auszurichten. Mit dem Kunstbegriff Welios kann jedenfalls kaum einer etwas anfangen. Wir sind der Meinung, dass sich das Welios in Richtung Familienerlebniszentrum orientieren sollte, also mit Schwerpunkt der Familienunterhaltung. Die Kinder sollten dort so viel Spaß haben, dass sie gerne wiederkommen.

Die Freiheitlichen fordern zusätzlich einen umgehenden Kassasturz, sodass alle Zahlen und Fakten endlich offen auf dem Tisch liegen. Es muss offengelegt werden, welche

Zahlungsrückstände das Welios hat und wie viel es der Stadt wirklich kostet, wenn sie 85 % von den beiden anderen Gesellschaftern um diesen symbolischen Euro erwirbt.

Ich ersuche um Beschlussfassung.

GR. Markus Wiesinger. Ich habe das Gefühl, als wäre heute ein Wahlkampf eröffnet worden, nur habe ich andererseits noch nichts von einem Wahltermin gehört. Die Gemeinderatswahlen finden an sich erst im Jahr 2015 statt.

Um aber auf den Tagesordnungspunkt selbst zurückzukommen, muss ich sagen, dass mir heute ein bisschen die Ernsthaftigkeit abgeht. Dies deswegen, weil die Freiheitlichen haben möchten, dass dieses Thema in einer Projektgruppe diskutiert wird und da frage ich mich, was denn eine Projektgruppe eigentlich ist. Eine Projektgruppe hat beispielsweise keine Geschäftsordnung und ganz wichtig ist meines Erachtens – die ÖVP bekennt sich dazu – dass eine Lösung politisch getragen werden muss. Und dazu gehört auch, dass eine politische Verantwortung für das Welios übernommen wird.

Daher stelle ich den Geschäftsordnungsantrag, das dieser Tagesordnungspunkt an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen wird.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Markus Wiesinger auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 15) an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Walter Zaunmüller

19.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Trodatsteg bzw. Öffnung der Verbindung zur Kolpingstraße
DI-Verf-294-2011

GR. Zaunmüller: Ich werde mich jetzt wesentlich kürzer als mein Vorredner als Berichterstatter halten. Der Initiativantrag gemäß § 6 der Geschäftsordnung lautet dahingehend, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Brückenverbindung zwischen Wels und der Nachbargemeinde Thalheim, der sogenannte Trodatsteg, auf der Welser Uferseite durch die Öffnung der Verbindung zur Kolpingstraße eine direkte Anbindung erhält.

Ich darf hierfür folgende Begründung zur Kenntnis bringen.

Seit dem Frühjahr 2004 gibt es ja diese sehr gelungene Brückenverbindung, den sogenannten Trodatsteg, zwischen Wels und der Nachbargemeinde Thalheim. Dieser Trodatsteg wird sowohl von der Welser als auch von der Thalheimer Bevölkerung sehr, sehr gut angenommen. Es ist das meiner Meinung nach wirklich ein gelungenes Bauwerk, das eben sowohl für die Stadt Wels als auch für die Gemeinde Thalheim eine tolle Visitenkarte darstellt.

Dieser Trodatsteg führt also über die Traun in unser Naherholungsgebiet. Dieses Naherholungsgebiet – ich werde nicht müde, dies immer wieder zu betonen – wird leider viel zu wenig wertgeschätzt, das heißt, die Ufergestaltung ist leider nach wie vor ein wenig unlieblich, wenn ich das so sagen darf. Die Aktivitäten, die entlang der Traun möglich sind, sind doch sehr eingeschränkt.

Bei dieser Gelegenheit liegt mir auch daran, sehr ausdrücklich zu betonen, dass es mir oder uns nicht darum geht, dass entlang der Traun eine Eventmeile entsteht. Davor müssen sich die Anrainer, um das gleich vorweg zu nehmen, keine große Sorgen machen. Was wir jedoch haben möchten, das ist eine qualitätsvolle Attraktivierung der Traun bzw. des Traunufers. Und dass das ein wichtiges Thema ist, das wissen wir spätestens seit dem letzten Sommer, wo sich sogar Welser Bürgerinnen und Bürger zusammengeschlossen haben und an der Traun einen Workshop, einen Meinungsaustausch durchführten, übrigens mit sehr reger Beteiligung aller politischen Parteien.

Meine Damen und Herren! Auf der Welser Uferseite fehlt bisher die Verlängerung des Trodatsteges hin zur Innenstadt. Ich meine damit die direkte Verbindung oder die direkte Linie vom Trodatsteg hin zur Kolpingstraße. Die im Eigentum der Stadt Wels befindlichen Grundstücke sollten daher geöffnet und zumindest als Gehweg, wenn möglich auch als Radweg gestaltet werden. Ob auch ein Radweg möglich erscheint, das werden uns die technisch Verantwortlichen sicher noch genauer sagen.

Geschätzte Damen und Herren! Ich betrachte diesen Antrag oder dieses Projekt als einen weiteren Mosaikstein zur Attraktivierung der Traun und damit zur Attraktivierung der Stadt Wels.

StR. Kroiß: Als damals der Trodatsteg errichtet wurde, hat es eine sehr intensive Diskussion gegeben, nämlich darüber, ob wir eine direkte Verbindung zwischen Trodatsteg und Kolpingstraße einrichten sollten. Aus welchen Gründen auch immer dieser Weg ist nicht gekommen, obwohl der Grundstreifen bekanntlich der Stadt Wels gehört.

Persönlich kann ich mir einen Gehweg sehr gut vorstellen, einen Radweg eher nicht. Ich bin nämlich der Meinung, dass die Radfahrer auf diesem Teilstück der Traunuferstraße wesentlich besser und sicherer aufgehoben sind als auf der Kolpingstraße.

Und es gibt dazu, lieber Walter, schon einige E-Mails, die sehr konträr sind. Ich möchte nur eine E-Mail vorlesen. Es heißt hier: „Bekanntlich ließ in letzter Zeit die ÖVP damit aufhorchen, dass sei einen Antrag einbringen werde, den Übergang vom Trodatsteg in die Kolpingstraße zu verlängern. Das Ganze löst bei vielen BürgerInnen heftiges Kopfschütteln aus. Was tut bitte ein Radfahrer in der Kolpingstraße? Er muss bei tosendem Verkehr zur Adlerstraße fahren, um anschließend in die Altstadt zu gehen.“

Wenn du zuerst sagtest, es fehle eine direkte Verbindung zur Innenstadt, dann kann ich nur sagen, dass ich diese sehr wohl über die verlängerte Adlerstraße oder auch über die verlängerte Pollheimerstraße habe.

Was wir uns unbedingt ansehen müssen, das ist die Finanzierung. Wie hoch reihen wir solch ein Projekt in unserem Programm. Wir haben heute schon sehr viel über das Geld gesprochen und das hat ebenfalls mit Geld zu tun.

Alles in allem gibt es noch viele offene Fragen und wir müssen uns sehr genau überlegen, wie ein Beschluss in dieser Frage aussehen könnte.

GR. Schatzmann zur Geschäftsordnung: Ich ersuche um Zuweisung dieses Antrages an den zuständigen Ausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schatzmann auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 16) an den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke auch hier für die Berichterstattung und stelle fest, dass unsere Tagesordnung abgearbeitet ist.

Es gibt keine Anmeldung zur Bürgerfragestunde.

Die Sitzung ist geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: